

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Pettizeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 40 :. 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b :. Telephon: Amt Kochplatz, 2120

Berlin, den 3. Oktober 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Heim-
arbeiter sind nicht gewerbesteuerpflichtig. — Eine falsche
Auffassung. — Der 8. Kongress der französischen Leder-
arbeiter. — Die 8. Internationale Gewerkschaftskonferenz.
— Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912. III.
(Schluß). — Der Jenaer Parteitag. — Ein ernstes Wort
an die Arbeiterkellern! — Verteuern Lohnerbhöhungen die
Baren? — Aus der Militärkasselerbranche. — Streiks und
Lohnbewegungen. — Korrespondenzen. — Rundschau.
— Bekanntmachung des Zentralvorstandes und der Zari-
skommission. — Sterbetafel. — Adressenänderungen. —
Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 5. bis 11. Oktober
ist der 11. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Berlin. Die Offiziersattler der Firmen
G. Rote, N. Damaskische und Deutsche Militär-
ausrüstungs-gesellschaft befinden sich im Streik.
Bremen. In den Bremer Karosseriewerken
haben die Sattler die Arbeit eingestellt. Zugang
fernhalten.

Sera. R. Sämtliche Arbeiter der Ka-
rosseriefabrik Peter Sadl stehen seit dem
20. Juni im Streik.

Hamburg. In der Turngerätefabrik Fischer
u. Co. sind Differenzen ausgebrochen. Zugang
fernhalten.

Hannover ist für Militärsattler gesperrt.
Ausland.

Brüssel. Hier stehen die Wagen- und
Autosattler im Streik. Zugang fernhalten.

Heimarbeiter sind nicht gewerbe- steuerpflichtig!

In Nr. 22 unserer Zeitung, vom 30. Mai d. J.,
wurde ausführlich über die Verhandlung berichtet,
welche vor dem Offenbacher Schöffengericht gegen den
Heimarbeiter Jean Rutz stattfand, der sich geweigert
hatte, einen Gewerbesteuerbescheid zu lösen bezw. auf Grund
seiner Heimarbeiter-tätigkeit Gewerbesteuer zu zahlen.
Mit großem Aufwand von Beweismaterial und unter
Bezugnahme auf das heftige Gewerbesteuer-gesetz
vom Jahre 1884 und das Vermögenssteuergesetz ver-
suchte damals der Vertreter der Steuerbehörde,
Finanzassessor Nikolov, den Nachweis zu erbringen,
daß alle Heimarbeiter in der Offenbacher Leder-
warenindustrie als selbständige Hausgewerbetreibende
anzusehen und als solche gewerbesteuerpflichtig seien.
Wir haben diese Finanzkünste schon in Nr. 33 unserer
Zeitung („Heimarbeiter und Gewerbesteuer“) ge-
nügend beleuchtet und dieselben auch bewiesen, mit wie
wenig Sachkenntnis in dieser Frage die Steuerbehörde

bei ihrer Auffassung über das Arbeitsverhältnis des
Portefeuillesheimararbeiters beschwert ist. Die Steuer-
behörde hatte sich nur bei dem Urteil des Offenbacher
Schöffengerichts, Freispruch des Heimarbeiters Rutz,
durchaus nicht beruhigt, sondern Verurteilung dagegen
eingeklagt, welche am Montag, den 22. September,
vor dem Landgericht in Darmstadt zum Austrag kam.

Zu dieser Verhandlung waren neben dem Ver-
treter der Steuerbehörde, Finanzassessor Nikolov, der
Handelskammer-Syndikus Dr. Krab als Sachverständiger
geladen, sowie die schon aus der Vorverhandlung
bekannten Zeugen, die Fabrikanten Petermann, Reis
und Rutz. Auf Antrag des Verteidigers
des Angeklagten Jean Rutz wurde als we-
terer Sachverständiger der Gauleiter Carl Höf-
zugeschrieben. Auch bei dieser Verhandlung kam
die Steuerbehörde nicht auf ihre Mohn, trog-
dem sich Herr Finanzassessor Nikolov wieder wie bei
der Offenbacher Verhandlung nach allen Regeln
seiner Finanzkunst anstrebte, den Lederverwarenheim-
arbeitern von Offenbach und Umgegend Unternehm-
ereigenschaften nachzuweisen. Im Gegensatz zu seiner
Auffassung stand die Aussage des Sachverständigen
Dr. Krab: Der Begriff des Heimarbeiters sei generell
überhaupt nicht anzustellen. Die Möglichkeiten des
weltlichen Lebens lassen sich weder vollstreckungsmäßig
noch steuerlich fest umschreiben. Die Gewerbeordnung
enthalte in ihrem § 14 auch keinen bestimmungsmäßigen
Begriff des Heimarbeiters. Seine Definition des
Heimarbeiters gehe dahin, daß man unter einem
solchen einen Arbeiter versteht, der weder in einer
Fabrik noch in einer zum Fabrikbetrieb gehörigen
Werkstätte beschäftigt ist und dem Fabrikanten Gegen-
stände nicht für seinen persönlichen Gebrauch, son-
dern für sein Geschäft zum Weitervertrieb herstellt.
Außerdem muß ein solcher Arbeiter das gesamte
Material zur Herstellung der betreffenden Arbeit von
dem Unternehmer geliefert bekommen. Ferner dürfe
er keine Hilfskräfte beschäftigen.

Den Ausführungen schloß sich zum Teil auch
der Sachverständige Gauleiter Höf an. In dem Falle
des angeklagten Heimarbeiters Rutz handelt es sich
um den typischen Heimarbeiter der Offenbacher Leder-
warenindustrie. Der ganze Unterschied zwischen
diesem und den in der Fabrik beschäftigten Afford-
lohnarbeitern liegt darin, daß erstere aus Gründen,
welche meistens nicht in ihrer Person liegen,
nicht in der Fabrik, sondern, wie auch der Name
besagt, in ihrer eigenen Wohnung arbeiten. Lediglich
aus diesem Umstände lömte eine Selbstständigkeit im
Sinne des Gewerbesteuer-gesetzes und der Gewerbe-
ordnung aber nicht gefolgert werden. Tönt dem
Heimarbeiter auch nicht die Fabrikloste zum Beginn
der Arbeit, so ist er doch durch seine ganzen Ver-
hältnisse gezwungen, sich intensiv an die Arbeit zu
halten, wie auch sich jeder Fabrikant das Recht her-
ausnimmt, seine Heimarbeiter in gewissem Sinne
zu kontrollieren. Auch wenn der Heimarbeiter
während der Saison, um schneller liefern zu können,
einige Hilfskräfte beschäftigt, was meist erit auf
Drängen der Fabrikanten geschieht, kann von Selbst-
ständigkeit noch keine Rede sein. Für den Begriff
des selbständigen Gewerbetreibenden müsse doch maß-

gebend sein, ob dem Betreffenden durch seine Tätig-
keit Unternehmergewinn zufließt und daß er in der
Lage ist, seine eigenen Ideen in seinem Arbeits-
produkt zum Ausdruck zu bringen. Beides ist bei
dem Heimarbeiter nicht der Fall. Er arbeitet ledig-
lich gegen Arbeitslohn und genau nach den Vor-
schriften und Anweisungen des Arbeitgebers. Dazu
wird ihm sämtliches Material schon in vorgerichtetem
Zustande vom Fabrikanten geliefert. Die Fabrik-
anten ziehen im allgemeinen aus verschiedenen Ur-
sachen die Heimarbeiter vor und stellen oft nur Heim-
arbeiter ein, so daß sich der arbeitssuchende Portefeuille-
arbeiter wohl oder übel gezwungen sieht, Heimarbeiter
anzunehmen. Ihn dieserhalb mit Gewerbesteuer zu
belasten aber sei jedenfalls eine Ungerechtfertigkeit und
werde als solche empfunden.

Die Zeugenaussagen bringen im wesentlichen
nichts Neues und decken sich mit den Ausführungen
der beiden Sachverständigen Dr. Krab und Höf.

Nach den weiteren Ausführungen des Ver-
teidigers Dr. Krab, welche an die Gutachten der Sach-
verständigen anknüpfen und in dem Antrag auf Frei-
sprechung des Angeklagten gipfelten, kam das Gericht
entgegen dem Antrag des Staatsanwaltes zu einer
Verwerfung der Verurteilung gegen das freisprechende
Urteil des Offenbacher Schöffengerichts. Der Heim-
arbeiter Rutz ist mithin auch in der Verurteilungs-
instanz von Strafe und Kosten freigesprochen und
die Kosten seiner Verteidigung abermals der Staats-
kasse auferlegt. Hoffentlich gibt sich mit diesem Urteil
man auch die Steuerbehörde zufrieden, versteht die
Heimarbeiter in Zukunft mit der Aufforderung zur
Lösung von Gewerbebescheiden und betrachtet sie als
das, was sie tatsächlich sind, als gewöhnliche Lohn-
arbeiter. Die Begründung des Urteils geht wesent-
lich weiter als die des Offenbacher Schöffengerichts
und werden wir sie später noch in unserer Zeitung
zum Abdruck bringen.

Diese Entscheidung der Berufungsinstanz ist für
alle Heimarbeiter in der Offenbacher Lederver-
warenindustrie ungemein wichtig. Es ist damit klipp und
klar festgestellt, daß diese Arbeiter zur Lösung eines
Gewerbebescheides nicht verpflichtet bzw. zur Zahlung
von Gewerbesteuern nicht herangezogen werden
können. Da es jedoch nicht ausgeschlossen erscheint,
daß die Steuerbehörde trotzdem solche Aufforderungen
weiterhin ergehen läßt und vielleicht auch noch Heim-
arbeiter findet, welche sich einschüchtern lassen und
den Rechtsweg dagegen scheuen, hat die Heimarbeiter-
schaft noch andere Maßnahmen zu treffen. Der
heftigen Regierung und den beiden Ständekammern
wird, um allen Weiterungen vorzubeugen, unter
Bezugnahme auf obiges Urteil folgende Petition
unterbreitet:

An die Großherzogliche Regierung
und die beiden Kammern der Stände des
Großherzogtums Hessen.
Petition.

Die unterzeichneten Heimarbeiter ersuchen die
Regierung und die beiden Kammern der Landstände
des Großherzogtums, die Artikel 7 bis 18 des Ge-
meinde-Umlagengesetzes, soweit sie die Lösung von
Gewerbebescheiden bezw. die Veranlagung zur Gewerbe-

neuer betreffen, darauf zu fassen, daß sie nicht auf die Heimarbeit der Lederwarenindustrie angewendet werden können. Die Heimarbeit dieser Industrie sind nicht als selbständige Gewerbetreibende anzusehen, da sie weder Material einkaufen noch irgend wie selbständig oder auf eigene Rechnung arbeiten und auch nicht den geringsten Unternehmerrisiko haben. (Siehe Urteil der Reichs-Strassengericht Darmstadt vom 22. September 1913 im Falle Jean Furt.) Sie sind lediglich Mitarbeiter, die gegen Arbeitslohn das ihnen vom Fabrikanten übergebene Material nach genauer Vorschrift verarbeiten wie jeder Fabrikarbeiter. Daß sie ihre Tätigkeit in ihrer eigenen Wohnung ausüben, liegt weniger an oder in ihrer Person, sondern ist im Gegenteil in den Verhältnissen der Lederwarenindustrie, insbesondere der Offenbacher Lederwarenindustrie, begründet. Die Heimarbeit empfinden die Anwendung obiger Artikel auf ihr Arbeitsverhältnis als eine ungerechte und drückende Belastung und erheben von der Regierung und den Kammeren der hess. Landstände Petition von diesen nur für selbständige Gewerbetreibende geschaffenen Vorschriften."

An unjeren Heimarbeitern ist es nun, diese Petition so zahlreich zu unterzeichnen, daß weder der hessische Landtag noch die Regierung achtlos daran vorübergehen können und dem Sieg in dieser Hinsicht eine Lücke und ungewisse Haltung gegeben wird. Geschicht das nicht, so wird die Steuerbehörde höchstwahrscheinlich so leicht nicht die Versuche aufgeben und es immer wieder probieren, den Heimarbeitern Steuerbefreiung abzuhandeln. Die Petitionslisten werden in allen Heimarbeitersorten auf geeignete Weise in Umlauf gesetzt und steht zu erwarten, daß die Heimarbeit allerorts mit Freuden die Gelegenheit wahrnehmen, durch Einzugsung in die Listen den ungerechten und drückenden Maßnahmen der Steuerämter ein Paroli entgegenzusetzen. In der Stadt Offenbach liegen die Listen an nachstehenden Stellen zwecks Einzugsung aus:

- Gewerkschaftshaus, Auftrage 9.
- Zur Stadt Riedelstraße (Hr. Arzt), Ludwigsstraße.
- Zum Löwenhof (A. Götz), Frankfurter Straße 66.
- Zur Bavaria (A. Graf), Louisenstraße 69.
- Zum Reichstag (H. Mohr), Feldstr. 117.
- Zum Frankfurter Hof (A. Vebrier), Domstraße 25.
- Zu den 3 Raben (L. Leufert), Kaiserstraße 4.
- Zur Starfenburg (H. Weill), Gr. Marktstraße 43.
- Zum Bobbeschänkele (K. Reubel), Krimmersgäßchen 4.
- Mohr Steier, Eberer Straße 21.
- Zur neuen Welt (W. Sommer), Sprendlinger Landstraße 116.
- Zum goldenen Hirsch (K. Spieh), Ziegenstraße 2.
- Zur grünen Laube (M. Wolf), Waldstraße 14.
- Zum Tannusied (K. Zimmermann), Wittinstraße 24.
- Zum goldenen Löwen (H. Hüber), Wilhelmstraße 7.
- Johann Beh, Kaiserstraße 68.
- Zigarettengeschäft Leonhard Eißner, Niederer Straße 34.

Eine falsche Auffassung.

Ein schwer zu beseitigender Irrtum in Bezug auf die Gewerkschaften und deren Ziele ist der, daß dieselben in erster Linie, oder ausschließlich vorhanden sind, um Streiks zu erzeugen.

Bei den Gegnern der Gewerkschaften, den Kapitalisten, fällt dies weiter nicht auf und ist kaum der Beachtung unfähig. Denn soweit sie dies wirklich glauben, liegt die Ursache darin, daß sie weiter keine Notiz von der Arbeiterbewegung nehmen, außer, wenn sie ihnen unangenehm wird, also bei Streiks. Sie mögen deshalb wirklich annehmen, daß die einzige Tätigkeit der Gewerkschaften darin bestehe, solche hervorzurufen.

Die meisten wissen es aber ohne Zweifel besser und suchen nur diesem Urteil Vorwand zu leisten, um die Gewerkschaften zu schädigen.

Wichtiger für uns ist, was die Arbeiter in diesem Punkte denken, weil es fördernd oder schädigend auf die Gewerkschaften wirkt.

Auch unter den Gegnern der Gewerkschaften in den Reihen der Arbeiter gibt es solche, welche ihre Gegnerschaft damit begründen, daß die Gewerkschaften nur dazu da seien, um Streiks zu provozieren und anzuknüpfen. Aber auch ihre Zahl ist eine verhältnismäßig geringe und sie erfordern keine besondere Beachtung, denn die meisten, welche der Gewerkschaft fernstehen, tun dies aus purer Gleichgültigkeit und Stumpfheit.

Wirklich schädigend wirkt es, wenn die Mitglieder eine solche Auffassung von der Aufgabe der Gewerkschaften haben und ihre Handlungsweise dadurch beeinflussen lassen. Eine solche Auffassung

zeigt sich, wenn Mitglieder, die vielleicht nach jahrelangem Hören sich der Gewerkschaft angeschlossen haben und sofort eine Besserung ihrer Lage erwarten, emeritieren, ob die obwaltenden Verhältnisse eine solche Erwartung rechtfertigen oder nicht, und der Gewerkschaft den Rücken kehren, wenn ihre Erwartungen nicht erfüllt werden. Sie zeigt sich aber ganz besonders bei Mitgliedern, welche als einziger gehen, welche keine Mitleid haben, von dem Wert der Organisationen zu fördern und welche in ihrem Eifer Forderungen an die Arbeitgeber stellen und kaum zu zugeben sind, wenn der Geschäftsgang ein guter ist und die Vergütung Erträge aufzuweisen hat; die aber nicht erlauben, wenn die Organisationen infolge unangünstiger Geschäftsverhältnisse in die Defensive gedrängt und das Ertragsverhältnis nur teilweise erhalten kann, sondern dann auch noch mit einer wahren Wut die schwachen Stellen der Gewerkschaft hervorheben, wurde Punkte in der Organisation bedauern und darin wählen und sie schließlich für zwecklos erklären, Gleichgültigkeit dagegen erlangen und sie noch Kräfte schwächen, zu einer Zeit, wo alles aufgegeben werden sollte, sie zu läppen und ihre Macht zu erhalten.

Solche Mitglieder fassen die Gewerkschaften als eine Verbesserungsmaschine auf. Solange sie gut geht, wird sie mit Freuden bedient und gepflegt; wenn sie aber einmal den Dienst verläßt, wird sie in verächtlicher Weise beiseite geworfen, um sie vielleicht später wieder hervorzuholen, anzuputzen und mit dieser Mühe wieder in Gang zu setzen zu suchen. Wo in einem Industriezweig diese Auffassung über die Aufgabe der Gewerkschaften vorherrscht, da ist es nicht zu verwundern, wenn sie niemals zur vollen Entwicklung gelangt. Ihre Bewegung besteht dann aus heftigen Vorstößen und schwachen Rückfällen und erfüllt selbst die so niedrig an sie gestellte Erwartung nur in geringem Maße.

Der Zweck der Gewerkschaften muß als ein höherer und mehr idealer aufgefacht werden.

Hebelhände unter welchen die Lohnarbeiter zu leiden haben und alle schädlichen, mit dem Stand der Zivilisation im Widerspruch stehende Auswüchse der Gesellschaft sind auf den Umstand zurückzuführen, daß die Kontrolle über die Warenproduktion und die Verteilung der Produkte in den Händen von Wenigen liegt, von welchen die Masse der Arbeiter abhängig ist. In der Heberführung der Kontrolle in die Hände des gesamten arbeitenden Volkes liegt das Mittel für Beseitigung dieser Hebelhände.

In den Gewerkschaften müssen wir nicht nur den Anfang zur Erlangung dieser Kontrolle erblicken, sondern wir müssen sie auch als Ziele betrachten, in der wir uns die Fähigkeit aneignen, die Leitung der Warenproduktion und überhaupt des ganzen Gemeinwesens, welches letztere heute durch professionelle Politiker geschieht, übernehmen zu können.

Wer die Aufgaben der Gewerkschaft von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, der wird dieselbe nicht verlassen, wenn die Vorherrschaft es gebietet, Streiks zu vermeiden, oder wenn ein solcher sich als schädlich erweist; der wird auch nicht bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit durch sein Verhalten beweisen, daß er die Gewerkschaft nur als eine vorübergehende Episode betrachtet, sondern er wird dahin wirken, daß sie dauernd und fest wird, und daß Streiks, wenn sie notwendig und unumgänglich geworden, leichter und erfolgreicher werden, als da, wo man sie als den einzigen Zweck der Organisation betrachtet.

Der 8. Kongreß der französischen Lederarbeiter

fand in den Tagen vom 15. bis 18. September in Paris statt, woran 65 Delegierte für 85 Syndikate teilnahmen. 28 Syndikate waren nicht vertreten.

Die französischen Gewerkschaften befinden sich zurzeit in einem Umwandlungsprozess zugunsten einer stärkeren Zentralisation und Förderung internationaler Beziehungen. Auf den letzten Gewerkschaftskongressen und Verhandlungen ist zum Ausdruck gebracht worden, an Stelle der Demonstrationstreikspropaganda praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Es ist sehrwünschenswert, daß nicht alle Delegierten mit der alten Tradition brechen wollen und noch immer den General- und Gebärtestreik sowie die Sabotage als die geeigneten Mittel für die Befreiung der arbeitenden Klasse halten. Die Gewerkschaftler, Syndikalführer, gehören meistens der sozialdemokratischen Partei nicht an, sie sind Antiparlamentarier mit anarchistischem Einschlag. Vorzüglich in Paris ist diese Richtung ionangebend. Wir haben diese Bemerkung voraus geschickt, um unseren Kollegen einigermassen begründlich zu machen, wie schwer es halten wird, die französischen Gewerkschaften nach deutschem Muster auszubilden. Es dürften noch Jahre vergehen, ehe unsere französischen Arbeitsbrüder sich an höhere Beiträge und Zentralorganisationen gewöhnen haben. Rorer ist dies nur bei den Buchdruckern und Lithographen der Fall.

Zur Unterstützung dieser Bewegung, hauptsächlich zur Förderung internationaler Beziehungen, folgen die Deutschen Gewerkschaften den Einladungen zur Teilnahme an den folgenden Kongressen.

Auch auf dem 8. Kongreß der „Federation Nationale des Ours et Peaux“ (National-Verband der Lederarbeiter) fanden u. a. die Vertretung der einzelnen Berufsverbände an einem Orte, die Realisierung der Streikunterstützung, die Beitragsenthebung, die internationale Verbindung auf der Tagesordnung. Das internationale Sekretariat der Schuhmacher war durch Gen. Simon Wierberg, die internationale Verbindung der Sattler und Portefeuller durch Gen. Weinschild-Berlin und der Verband der Lederarbeiter durch Gen. Kahler-Berlin, vertreten. Als Heberiever fungierten die Kollegen Steiner und Veitmann. Die spanischen Schuhmacher und Londoner Portefeuller haben Beschlüsse geschrieben gefunden und ihre Sympathie für eine internationale Organisation ausgedrückt.

Der Federation der Lederarbeiter gehörten am 1. Juli 1911 92 Verbände mit insgesamt 9380 Mitgliedern an. In den letzten beiden Jahren haben sich 21 Verbände neu angeschlossen, von denen sich wieder sieben aufgelöst haben. Am 30. Juni 1913 zählte die Federation 103 Verbände, zur Zeit des Kongresses 106. Der am 1. Juli d. J. erfolgte Zusammenschluß mit der Federation der militärischen Kaufleute und der Galoischen- und Goldschuharbeiter bewirkte eine Zunahme von 13 Syndikaten. Trotz der 9225 Reuanahmen beträgt der Mitgliederzuwachs nur 962. Eine genaue Statistik nach der Berufsangehörigkeit konnte nicht gemacht werden, weil an einzelnen Orten die verschiedenen Lederarbeiter in einem Syndikat vereinigt sind. Nach ungefähre Schätzung sind in Frankreich organisiert: 7700 Schuhmacher und Gerber, 1100 Handschuhmacher, 1000 Sattler und Portefeuller, 500 Kürschner, wozu auch noch einige kleine Berufsgruppen, wie Lederhändler und Leistenmacher, kommen. Die Zahl der Organisierten im Verhältnis zu den Berufsangehörigen ist sehr minimal. So sind in Paris von circa 2000 Portefeullern nur 75 im Verband. Aber auch in den anderen Berufen sieht es nicht viel besser aus. Den 11 Syndikaten gehören circa 1300 Mitglieder an und zwar 120 Gerber, 90 Schuhmacher, 75 Portefeuller, 270 Sattler, 60 Lederhändler, 225 Meißelwerkler, 30 Sportartikelarbeiter, 135 Handwerksarbeiter, 12 Leistenmacher, 22 Handschuhmacher und 219 Kürschner. Soweit die Berufsgliederung noch festzustellen war, sind von unseren Mitstreitern im übrigen Frankreich organisiert: 9 Stummelmacher in Angers, 15 Sattler in Poitiers und 13 in Tours und 16 Koffermacher in Toulouse. Das einmal im Monat erscheinende Verbandsorgan hat eine Auflage von 14 000. In der zweijährigen Periodezeit haben 54 Streiks stattgefunden, an denen 26 Syndikate mit 3446 Streikenden, davon 1866 Mitglieder, beteiligt waren. 30 Streiks mit 2289 Parteigeige hatten Erfolg, 19 verliefen erfolglos, bei vieren ist der Ausgang nicht bekannt und ein Streik ist noch nicht beendet. Bei den Schuhmachern verliefen 17 Streiks mit und 5 ohne Erfolg, bei den Sattlern und Portefeullern mit 7 mit Erfolg, darunter die Pariser Bewegung mit 600 Geschickstaktoren, und 9 ohne Erfolg. Die Handschuhmacher führten zwei Streiks, davon einer mit und einer ohne Erfolg, die Gerber 4 mit und zwei ohne und die Kürschner drei ohne Erfolg. Die Militärstreifenarbeiter in Paris haben die neunmündige Arbeitszeit errungen, ebendort befinden sich die Meißelwerkler in einer Bewegung, die schon in einzelnen Vertrieben Erfolge erzielte. Heber die Militärstreifenarbeiter zu Malakoff ist die Sperre verhängt, weil der Direktor sich weigert, den von den dort beschäftigten Arbeitern vorgelegten Kontrakt zu unterzeichnen.

Die Beitragsleistung ist nach deutschen Verhältnissen gemessen eine mehr als ungenügende. Der Beitrag schwankt in den einzelnen Syndikaten zwischen 0,75 und 1,25 Frank, das sind 0,60 bis 1 Mt. pro Monat. Davon erhält die Zentralkasse 30 Centimes (27 Pf.), wovon sie Zuschüsse bei Streiks, die Agitation und Verwaltungskosten zu zahlen hat. Die Verwaltungskosten vernehmte infll. des Kostenbetrandes von 4000 Frank 42 000 Frank, sie verausgabte 37 500 Frank, darunter 1500 Frank Darlehen an die Streikliste, welche insgesamt 32 000 Frank vernehmte und 26 000 Frank verausgabte. Für die Kosten der Kongresse wird ebenfalls eine besondere Kasse geführt, die mit einer Summe von 7276 Frank bilanziert. Das Vermögen der Zentralkasse beträgt 18 384 Frank.

Dieser Geschäftsbericht sowie der Bericht über die Agitation wurde ohne Wortänderung gutgeheißen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Zentralisation der Unterstutzung der beim Militär befindlichen Kollegen (Le Sou da Soldat), die einzelne der Kontrolle angehängte Syndikate bereits eingeführt haben. Die Unterstutzung beträgt 10 bis 12 Frank pro Jahr und 5 Frank bei einer militäri-

sehen Hebung. So gering diese Summe auch ist, so sehr ist sie für die Bezugsberechtigten von Bedeutung, da die Löhnung nur 5 Centimes (4 Pf.) pro Tag beträgt. Eine Anzahl Medner trat für die Zentralisation ein, sprachen sich aber gegen eine Beitragserhöhung aus, da sonst viele Syndikate austreten würden. Der Zentralvorstand ist wegen der damit verbundenen Gefahren entschiedener Gegner der Zentralisation durch die Zentrale, weil die Regierung dann eine antimilitaristische Propaganda erhebt, worunter die Gewerkschaften sehr zu leiden haben. Zurzeit befinden sich 17 Gewerkschaftsführer deswegen im Gefängnis. Dann ist die Arbeit nicht mehr von einem Sekretär zu leisten. Auch würde die Zentralisation auf diesem Gebiete den zentralen Charakter der Gewerkschaften beeinträchtigen. Ferner müßte der Beitrag mindestens um 25 Centimes pro Monat erhöht werden, da schon der Dispositionsfonds für Streiks um 2000 Frank zureichend ist und die Agitation aus Mangel an Geldmitteln zu leiden müßte. Außerdem werden die Beiträge für die notwendigen internationalen Verbindungen 300 bis 1000 Frank erfordern. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Mitglieder eine Beitragserhöhung verneinen und darum muß die Solidaritätsunterstützung den einzelnen Syndikaten überlassen bleiben. Wenn keine Gewerkschaften auf diesem Gebiete nichts leisten können, so werden alle die, die nichts bekommen, zum Agitator für die Einführung und für höhere Beiträge. Der Zentralvorstand empfiehlt das Obligatorium durch die Syndikate. Demgemäß wurde auch mit 70 Stimmen beschlossen, 9 waren für Zentralisation und 4 Gegner dieses Unterstützungszweiges.

Einem erfreulichen Fortschritt zeugte die Debatte über die Verschmelzung mehrerer an einem Orte bestehenden Syndikate. Wie oben schon ausgeführt, hat vielfach jede Berufsgruppe an einem Orte einen besonderen Verband. Alle stehen sie mit der Zentrale in Verbindung, wodurch eine Unmasse unnötige Verwaltungsarbeiten zu bewältigen ist. Es wurde beschlossen, den Syndikaten eines Ortes den Zusammenfluß zu empfehlen, wo aber neue Syndikate gegründet werden, gelten sie für alle Zwecke der Lederindustrie.

Die Unterstützung der Verbände bei Streiks und Aussperrungen und die damit verbundene Beitragserhöhung forderte eine Anzahl Medner auf den Plan. Der Zentralvorstand schlug eine Beitragserhöhung vor, deren Betrag dem Streikfonds zugewiesen werden soll. In der Streikklasse befinden sich zurzeit 6700 Frank, die bei Ausbruch eines Kampfes völlig ungenügend sind. Das bisherige System der Sammelkassen hat sich nicht bewährt. Auch sei es an der Zeit, an Stelle schöner Solidaritätsresolutionen höhere Beiträge zu leisten, denn Geld ist zum Zwecke der Kriegführung besser. Der Streikfonds werden pro Monat und Mitglied 0,30 Frank (25 Pf.) zugewiesen. Demzufolge kann der von der Zentrale monatlich folgende Zuschuß von 1,50 Frank pro Woche nicht pro Tag, nicht geleistet werden und müssen sich die Mitglieder mit 0,75 Frank (60 Pf.) pro Woche begnügen, wozu die örtlichen Syndikate noch 4 bis 5 Frank pro Woche zuführen. Unter Verfall aller Kongreßteilnehmer wendet sich der zweite Sekretär. Drei gegen die Ausgabe von Sammelkassen. Trotzdem wurde mit 86 Stimmen beschlossen, den Beitrag von 30 Centimes pro Monat zu belassen, den Streikzuschuß aber auf 2,50 Frank pro Woche und Mitglied zu erhöhen. Bei größeren Kampfen sollen je nach Anforderungen Extrabeiträge von 5 bis 25 Centimes pro Monat erhoben werden. Außerdem soll der in zwei Jahren stattfindende Kongreß eine Beitragserhöhung vornehmen, in der Zwischenzeit sollen die Delegierten dafür lebhaft Agitation entfalten.

Zur Förderung internationaler Beziehungen referierte H. W. ein Schild, welcher einen Rückblick über die internationalen Gewerkschaftsverbindungen gab und den französischen Organisationsempfahl, die Verfassungskommission ihrer Mitglieder festzustellen und sich den bestehenden internationalen Verbindungen anzuschließen. Die gemeinsame Lederarbeiterorganisation Frankreichs leitet an die bestehenden internationalen Verfassungskomitee Beiträge im Verhältnis zu den organisierten Berufsangehörigen. Den Organisationsleistungen soll aufgegeben werden, sich baldmöglichst auf gleiche Grundzüge zu verständigen. Es muß möglich gemacht werden, den zureisenden Verbandskollegen den Eintritt in die ausländische Bruderorganisation ohne weitere Umstände zu ermöglichen und ihre erworbenen Rechte zu erhalten, indem die zureisenden Mitglieder, sobald sie in Arbeit getreten sind, dieselben Unterstützungsrechte erwerben, wie sie die einheimischen Mitglieder bei gleicher Mitgliedschaft besitzen.

Streiks und Aussperrungen sind den internationalen Sekretariaten mitzuteilen, damit durch geeignete Bekannmachung der Zugang von Arbeitswilligen ferngehalten wird. Außerdem wird es Aufgabe

der nächsten internationalen Berufskonferenzen sein, die Unterstützungsfälle für in solchen Fällen betroffenen, dem internationalen Sekretariat angehörenden Gewerkschaften zu regeln, soweit dies nicht, wie bei den Schuhmachern, schon geschehen ist.

Die Anträge sind dagegen der Ansicht, eine allgemeine Lederarbeiterinternationale mit dem Sitz in Paris zu schaffen. Auf die Entgegnung, daß sie ja selbst im eigenen Lande noch mehr als 100 Syndikate haben, daß es ihnen in Paris unmöglich ist, die 11 Organisationsstellen zu vereinen, läßt sie sich auf die Holz- und Metallarbeiter, für die mehrere Landesorganisationen bestehen, die aber einer internationalen Zentrale angehörend. Deshalb wünschen die Antragsteller die vier in Frage kommenden Verbände der Schuhmacher, Lederarbeiter, Wärränder, Sattler und Portefeuller mögen auf ihren Verbänden die Gründung einer einheitlichen Internationalen auf die Tagesordnung setzen und für deren Zustandekommen auch einstehen. Wen Simon gab ein diesbezügliches Versprechen und wird er in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär an alle für das Ledergerwerbe bestehenden Organisationsstellen Einladungen zu dem im Jahre 1914 in Wien stattfindenden internationalen Schuhmacherkongreß ergehen lassen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der 8. Kongreß der Lederarbeiter, nachdem er die Erklärungen der Kollegen Weinschild, Simon und Mabier über die Vorschläge über die Gründung einer einheitlichen internationalen Föderation der Lederarbeiter gehört hat, beschließt darüber:

Das Föderationskomitee ist beauftragt, den Anschließung an die bestehenden internationalen Föderationen der Schuhmacher und Sattler und Portefeuller für die zukünftigen Mitglieder bis zum 1. Januar 1914 zu veranlassen. Was die Handwerker, Weiß- und Ledergerber betrifft, ist das Föderationskomitee beauftragt, sofort nach der internationalen Konferenz in Wien, welche die internationale Föderation der Schuhmacher 1914 organisiert wird, einen den gemeinsamen Interessen zuträglichen Vorschlag zu fassen. Vorher wird das Föderationskomitee regelmäßige und ständige Beziehungen mit der von Kollegen Mabier vertretenen Organisation herstellen.

Das Föderationskomitee wird die internationalen Unterhandlungen mit der internationalen Föderation der Kürschner fortsetzen, um eine mögliche Vereinigung für den Anschließung der betreffenden Berufsangehörigen zu finden.

Der Kongreß registriert die ausdrückliche Verpflichtung, die von den Delegierten der internationalen Föderationen ausgesprochen worden ist, auf die Tagesordnung der internationalen Konferenzen die Gründung einer einheitlichen internationalen Industrieföderation sämtlicher Lederarbeiter zu setzen.

Die bisherige Propaganda für die Organisation der bis jetzt sehr im Argen gelassen. Es wurde daher beschlossen, Medner aus den einzelnen Landesstellen zur Agitation heranzuziehen und sie aus der Zentrale zu entschädigen.

In Frankreich ist zurzeit die Bewegung für den freien Samstag nachmittags sehr im Aufschwung. Es werden Agitationschriften und Anschlagzettel, auf denen die Vorteile der englischen Woche veranschaulicht sind, verteilt. Bei allen Zusammenkünften der Arbeiter werden eigens zu diesem Zwecke Gedichte und vertonte Lieder gesungen. Auch der Lederarbeiterverband hat eine Liturgie an die angeschlossenen Syndikate veranlaßt. Diese hat ergeben, daß die Einführung noch nicht möglich ist, jedoch soll diese Frage eingehend propagiert werden. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach der Kongreß die Verbandsorganisationen entsprechend den Beschlüssen des Verbandes und der Konföderation (Generalkommission) auffordert, für die Verkürzung der Arbeitszeit tätig zu sein, sei es durch Verkürzung der täglichen Arbeitszeit oder durch die Durchführung des freien Samstagnachmittags. Der Kongreß beauftragt die Verbandsleitung, alles zu tun, was die allgemeine Agitation betrifft und die Aktion im Hinblick auf die Realisierung der vollständigen Durchführung dieser Forderungen für notwendig und zweckmäßig erscheint.

Bei dem Punkt: Revision der syndikalistischen Taktik plädierten die Gegenüber zwischen syndikalistischer und sozialistischer Auffassung über die Gewerkschaftstätigkeit aufeinander. Der Abgeordnete Jaurès hat in der „Humanité“ eine Artikelserie veröffentlicht, in welcher die Syndikalisten eine Einmischung in ihre Angelegenheiten erblicken. Der Vertreter der Sattler, Kollege Pilet-Baris, empfahl, statt antimilitaristische Propaganda zu betreiben, lieber Berufsfragen zu erörtern. Andere Medner empfahlen den Gebärtskreis als Kampfmittel, jedoch soll diese Frage nicht zur Verbandsangelegenheit gemacht werden, sondern jedem Syndikat überlassen bleiben. Schließlich einigte man sich auf folgende Resolution:

Der achte Kongreß der Lederarbeiter erklärt, daß die in wirtschaftlichen Organisationen vereinigte

Arbeiterklasse allein entscheiden kann, wo die Sabotage als Kampfmittel anzuwenden ist. Er behauptet sein absolutes Recht, seine Aktionen und ihre Formen zu bestimmen und erklärt, die Einmischung von außerhalb stehenden Persönlichkeiten oder Vereinigungen in diese Aktion nicht dulden zu können. Die Agitation für den Generalkongreß ist nicht zu vernachlässigen. Außerdem erinnert der Kongreß an die Beschlüsse früherer Kongresse bezüglich des Antimilitarismus und Antinationalismus.

Dann wurde der Verbandsvorstand beauftragt, bei der Regierung einzuwirken, alle Militärsatzungsgegenstände in eigener Regie herstellen zu lassen.

Die Antifalschbewegung soll in den Arbeiterorganisationen eifrig unterstützt werden.

Weil eine Beitragserhöhung abgelehnt worden ist, wurden an dem Vormittag wesentliche Forderungen nicht vorgenommen. Der bisherige Sekretär Boirin demissionierte mit der Begründung, die Mitglieder achten zu wenig seine bisher geleistete Arbeit und unterstützen zu wenig den Verbandsvorstand in bezug auf Entlastung gewerkschaftlicher Betätigung. An seine Stelle wurde der Militärattiler Mour gewählt und sein Gehalt um 300 Frank höher bemessen. Der nächste Kongreß findet wieder in Paris statt.

Zum Schluß einige Worte über den Eindruck, den wir während der Verhandlungen gewonnen haben. Unsere französische Bruderorganisation und mit ihr fast alle anderen Gewerkschaften bewegen sich im syndikalistischen Fahrwasser, d. h. sie glauben mit ihrer Gewerkschaftstätigkeit allein die Befreiung der arbeitenden Klasse erlangen zu können. Wenn auch ein großer Teil von ihnen die Notwendigkeit höherer Beitragserhöhungen einsehen, so scheuen sie sich doch mehr auf den Elan und wenn nicht anders auf die Sabotage. Sie sind zu sehr Franzose, d. h. zu stolz, um anzuerkennen, daß sie von anderen Nationen Lehre annehmen. Die Fortsetzung der angeblichen internationalen Beziehungen ist aber geeignet, die französischen Organisationen günstig zu beeinflussen. Niemer haben uns erklärt, daß dieser Kongreß und seine Beschlüsse einen enormen Fortschritt gegen früher bedeuten. Wenn deutschseits jede Schulmeisterei und alles, was dahin abgebaut werden kann, unterlassen wird, so werden die gegebenen Vorbilder der deutschen Gewerkschaften den besten Einfluß ausüben.

Der verhältnismäßig geringe Prozentsatz Organisierten ist zum größten Teile durch das noch vorherrschende Kleinhandwerk verurteilt. Je mehr die Industrialisierung fortschreitet, desto mehr wird sich auch die straffere Organisation der Arbeiter geltend machen. Allerdings dürften noch Jahre darüber vergehen, ehe es dazu kommt. Allen Kollegen, die aus Deutschland nach Frankreich kommen, möchten wir dringend ans Herz legen, sich dort den Gewerkschaften anzuschließen und tätige Mitglieder zu werden.

Die 8. Internationale Gewerkschaftskonferenz,

auf der 17 Landeszentralen mit circa 10 Millionen Mitgliedern durch 25 Delegierte vertreten waren, fand vom 16. bis 18. September in Paris statt. Wen hinzugekommen ist der Gewerkschaftsbund in Transvaal; auch ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit die Gewerkschaften Australiens zum Anschluß bewegen werden können. Nach dem Verichte des Genossen Legain sind in den letzten beiden Jahren sechs Unterstützungskampfe durch das Internationale Sekretariat eingeleitet worden, und zwar für die englischen Dockarbeiter, für die Aussperrung in Norwegen, für den Wiederaufbau der Organisationen in Serbien und Bulgarien, für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland, für den belgischen Generalkongreß und für die italienischen Gewerkschaften. Nur die für Serbien und Bulgarien gesammelten Gelder können ihrer Bestimmung bisher nicht zugeführt werden. Nachdem die Delegierten der einzelnen Landeszentralen für die gewählten Unterstützungen gebaukt haben, wurde von diesen Seiten bemängelt, daß die Franzosen, Engländer und auch die Amerikaner sich an Hilfsaktionen finanziell nicht beteiligen. Die Engländer erklärten, daß trotz aller Schwierigkeiten ihrer insularen Bewegung das Verständnis für internationale Bewegungen wachse und dadurch werde auch dieser Mangel mit der Zeit verschwinden. Der amerikanische Delegierte macht darauf aufmerksam, daß die amerikanischen Gewerkschaften erst neu angeschlossene sind, und gewöhnlich die Bewegungen schon beendet sind, wenn solche Aufrufe drängen bekannt werden. Jedenfalls aber werde es auch bei ihnen auf diesem Gebiete anders werden. — Auf die Anregung Hollands soll das Internationale Sekretariat in Zukunft bei Fragen von internationaler Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung, z. B. von internationalen Heimarbeiters-, Arbeitslosigkeitkongressen usw., Material

inmitten und den Landeszentralen zwecks einheitlicher Stellungnahme dazu Anwendung geben. Nachdem noch besonders gesagt worden war, daß die französische Zentrale mit den Vertretern, angeblich weil viele Gewerkschafter verharren und die Bücher der Zentrale von der Regierung beschlagnahmt wurden, im Hinblick ist, wird auf Anregung Leyparts - internationaler Sekretar der Holzarbeiter - festgestellt, daß nach wie vor Unterstützungsersuche zunächst an die eigene Landeszentrale, dann eventuell an das betreffende internationale Berufssekretariat und erst dann, wenn deren Eingreifen nicht genügt, durch die betreffende Landeszentrale an das internationale Gewerkschaftssekretariat zu richten sind.

Es wurde der Beschluß erzwungen, wonach es den heimathlichen Organisationen zur Pflicht gemacht ist, sich der betreffenden Berufsinternationalen anzuschließen. Einmütig wurde beschlossen, für die Herausgabe der „Internationalen Gewerkschaftsfortschritts“, die jetzt schon in drei Sprachen erscheint, einen Betrag von 1 Mk. pro 1000 Mitglieder zu erheben. Die Bezeichnung „Internationales Sekretariat“ wird durch „Internationaler Gewerkschaftsbund“ ersetzt. Eine Resolution gegen die Unterdrückung der französischen Gewerkschaften wird einstimmig angenommen.

Darauf referiert ein schwedischer Delegierter über: „Maßregeln zur Abschaffung der Nachtarbeit und zur Einführung des gesetzlichen Achtstundentages“. In einer von ihm gestellten Resolution ermahnt die Konferenz die Arbeitervertreter der Parlamente der verschiedenen Länder, Anträge einzubringen resp. zu erheben, die ein Verbot der Nachtarbeit für diejenigen Arbeiterkategorien und Industriezweige verlangen, in denen nicht dringende Gründe eine Nachtarbeit notwendig machen; gleichfalls sollen Anträge auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages eingereicht werden. Die angegliederten Landesorganisationen werden verpflichtet, in ihren Jahresberichten an das Internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung dieser Anträge und über den Verlauf der Verhandlungen zu geben, um einen Überblick zu gewinnen, welchen Erfolg diese Anträge in den gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Länder gehabt haben. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Die Belgier verlangen die Gründung von Informationsbüros in allen Ländern und ihre internationale Organisation. Es handelt sich um Informationsbüros über die Geschäftszweige und die Finanzlage der Industrie und der Handels-gesellschaften. In Brüssel ist ein solches Bureau bereits eingerichtet, das gut arbeitet und wertvolle Dienste leistet. Die Konferenz überweist diese Angelegenheit dem Sekretariat und beauftragt es, auf der nächsten Konferenz darüber zu berichten. Sodann wird über folgenden von Frankreich gestellten Antrag verhandelt: Untersuchungen darüber anzustellen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um der Manifestation des 1. Mai ihren wirklichen, wirtschaftlichen und internationalen Charakter zu geben. Douhaire begründet den Antrag. Die Diskussion über die Maßregel soll dadurch wieder ordentlich in Fluß kommen. Er wünscht, daß zu den Manifestationen Medner international aus-gesandt werden, um das Interesse für die Maßregel zu erhöhen, und um für die internationale Solidarität zu demonstrieren. Tessenbach-Vorlin wendet sich gegen den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Konferenz wohl nicht geeignet sei, die Frage der Maßregel zu behandeln. Die Konferenz geht über den Antrag zur Tagesordnung über.

Die Frage: Was können die Landeszentralen tun, um den Ausschluß ihrer Organisation an die internationalen Berufssekretariate zu fördern? wurde in Gemeinschaft mit den Vertretern der internationalen Berufssekretariate verhandelt, wobei eine Anzahl Medner auf die Schwierigkeiten hinwies, mit den Gewerkschaften in England und Amerika in bessere Verbindung zu kommen. Die Vertreter der Transport- und Textilarbeiter meinen, zur Förderung der internationalen Beziehungen ist vor allem notwendig, die gegenseitigen Organisationsverhältnisse und Einrichtungen besser kennen zu lernen, was besonders durch einwandfreie Uebersetzungen der Publikationen, etwa durch die Zentralisation der Uebersetzungen im Internationalen Sekretariat erreicht werden könnte. Die bisher nur provisorische Einrichtung der Uebersetzungen im Sekretariat habe sich schon bewährt; sie soll ausgebaut werden. Leypart (Holzarbeiter) wünscht, daß die Landeszentralen ihre Organisationen mehr auf die Bedeutung der internationalen Berufsverbindungen aufmerksam machen und sie zum Anschluß an diese bewegen sollten. Die englischen und amerikanischen Delegierten sagen dies zu, meinen aber, es müsse auch Pflicht der Berufssekretariate sein, dahin zu wirken, daß die ihnen angehörenden Verbände sich auch mittelstens der Arbeiterbewegung des eigenen Landes anschlie-

ben. In einzelnen Fällen sei nämlich schon die Tendenz hervorgetreten, sich von der heimathlichen Gesamtarbeiterbewegung fernzubehalten in der Annahme, daß der Schutz der Berufsinternationalen genüge und auch, weil er billiger ist. Ein Antrag, der eine engere Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen und den internationalen Berufssekretariaten, sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Uebersetzungsabteilung im Internationalen Sekretariat für erforderlich erachtet, wird einstimmig gutgeheißen.

Zum Vorstehenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde Genosse Legien wiedergewählt und San Francisco als Tagungsort für den nächsten Kongreß bestimmt. Seine Einladung motivierte der amerikanische Delegierte mit dem Stand der Weltausstellung anlässlich der Eröffnung des Panamakanals, wobei den Vertretern der Landeszentralen Gelegenheit gegeben ist, dem amerikanischen Gewerkschaftsführer und den Einzelverbänden der amerikanischen Gewerkschaften beizutreten, wodurch bessere persönliche Verbindungen im Interesse der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung angeknüpft werden können.

Im Anschluß an den 8. Internationalen Gewerkschaftskongreß fand am 19. September die

Größe Konferenz der internationalen Berufssekretariate

statt, an welcher 25 Vertreter für 1,5 Millionen Mitglieder teilnahmen.

Auf der Tagesordnung neben nur noch die Punkte: Vereinheitlichung der Berichterstattung und Vereinheitlichung der internationalen Gewerkschaftsstatistik. Da der weiter vorgesehene Punkt betr. den Anschluß an die Berufssekretariate schon durch die vorhergehende Konferenz der Landeszentralen erledigt worden war.

Nach einem einleitenden Referat von Panmeijer (Internationaler Sekretariat) wird von allen Seiten die Notwendigkeit einer besseren Berichterstattung betont und eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben. Von den Vergartheimern wird besonders eine regelmäßige Berichterstattung über den Stand des Arbeitsmarktes in allen Ländern gefordert. Eine längere Debatte entpinnst sich über ein einheitliches Formular, das eine einheitliche Statistik aller Verbände ermöglichen soll. Die meisten Redner sind der Meinung, daß das vorgeschlagene Formular, das schon in der Transportarbeiter-Internationalen Verbandszeitung findet, gar zu umfangreich sei. Man bringt als idealisch dahin, eine nationale Kommission, bestehend aus den Genossen Tessenbach, Leypart und Sassenbach-Vorlin, zu beauftragen, in Verbindung mit dem Internationalen Bureau ein einheitliches Formular für alle Berufssekretariate herzustellen. Schließlich stellt man fest, daß im Anbetracht des Aufwandes, den eine gemeinsame Arbeit der Landeszentralen mit den Internationalen Berufssekretariaten bringen muß, die Berufssekretariate wünschen, auch zu den zukünftigen Konferenzen der Landeszentralen eingeladen zu werden.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

III. (Schluß.)
Als gewerkschaftliche Richtungen kommen hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die Hirsch-Funderschen Gewerkschaften, seit 1860 zentralisiert, und die christlichen Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gesamtverbande vereinigt.

Die Hirsch-Funderschen Gewerkschaften haben den schweren Verlust, den der Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute ihnen brachte, noch nicht wieder überwinden können. Ihre Mitgliederzahl ist von 107 740 auf 109 225, also nur um 1,48% oder 1,37 Proz. gewachsen. Eingegangen sind die Organisationen der Gärtner (1911: 20 Mitglieder), Kaufleute (100) und Wäger (54 Mitglieder); neue Organisationen wurden nicht gegründet oder aufgenommen.

Die Gewerkschaften hatten seit 1900 im Jahresdurchschnitt Mitglieder:

Jahr	Mitglieder Jahr	Jahr	Mitglieder Jahr
1900	91 661	1907	104 889
1901	96 765	1908	106 638
1902	102 851	1909	108 029
1903	110 215	1910	122 571
1904	111 869	1911	107 740
1905	117 997	1912	109 225
1906	118 508		

Von den einzelnen Gewerkschaften zählten im Jahre 1912 Mitglieder: die Maschinenbauer und Metallarbeiter 44 604 (+ 894), die Fabrik- und Handarbeiter 17 997 (- 221), die Eisenbahner Württemberg 8000 (- ?), Textilarbeiter 6225 (+ 120), Holzarbeiter 5411 (+ 17), Schuhmacher und Lederarbeiter 5150 (+ 120), Schneider 4639 (+ 119), Vergartheimer 3156 (- 789), Brauer 2484 (+ 185) Zigarren- und

Tabakarbeiter 2017 (- 44), Maler, Lackierer 1703 (+ 30), Köpfer, Ziegler 1458 (- 32), Gemeindearbeiter 1324 (+ 41), Eisenbahner, Breslau 1300 (+ 100), Bauhandwerker 1150 (+ 190), Metzner 688 (+ 595), Kranen und Räder 688 (- 62), Zeitwändige Eisberene 550 (+ 370), Bildhauer 317 (- 19), Wäder und Konditoren 300 (+ 33), Küfer 54 (+ 2), Reepschläger 30 (- 3), Gärtner (- 20), Kaufleute (- 100) und Wäger (- 54).

Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerkschaften betragen auf 2 786 341 Mk., die Gesamtvermögensbestände auf 1 828 851 Mk. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Kranken- und Begräbnisstellen, denen auch andere als Gewerkschaftsmitglieder angehören.

Die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung betragen 226 777 Mk., für Heißeunterstützung 18 412 Mk., für Unzuverlässigkeit 20 886 Mk., für Unfallunterstützung 34 195 Mk. und für Invalidenunterstützung 16 586 Mk. Für Streikunterstützung 348 939 Mk., für Bildungszwecke 22 195 Mk., für Agitation und Reisen 296 269 Mk., für Generalversammlungen und Konferenzen 11 847 Mk., für Zeitungen 122 900 Mk., für Verwaltungskosten 336 210 Mk., für Arbeitsvermittlung, Druckfachen und Agitationsmaterial 34 270 Mark, für Beiträge an Ortsverbände und Gewerkschaftsverbände 47 571 Mk. und für Rechtschutz 11 791 Mk. Für Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen, den Unterstützungsarten, deren Ausgaben wahrscheinlich ganz oder doch zum größten Teil den Kranken- und Begräbnisstellen der Gewerkschaften zugurechnen sind, waren die Ausgaben 786 530 Mk. und 119 932 Mk. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamtausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerkschaften um etwa 866 000 Mk., also um etwa 40 Proz. reduzieren.

Die christlichen Gewerkschaften geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 087 (1911: 340 967) und für den Jahresabschluss eine solche von 360 930 (1911: 360 574) an. Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 3739 und bis Jahresabschluss 356 oder 1,09 bzw. 0,10 Proz., bleibt also weit hinter derjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Erhöhung mag für die christlichen Gewerkschaften, die sich die Aufgabe gestellt haben, als rettender Tamm gegen die Hochflut der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu dienen, recht schmerzhaft sein, ganz besonders schmerzhaft im Berichtsjahre, in dem es ihnen gelang, eine so aus-sichtsreiche Lohnbewegung im deutschen Vergah durch ihren Rerrat zumische zu machen und die Sache der Vergartheimer auf Jahre hinaus zu schädigen. Sie beweist indes, daß die deutsche Arbeiterchaft das Wesen der Gewerkschaften richtiger beurteilt, als dies im Lager der christlichen Führer und ihrer römisch-katholischen Drahtzieher geschieht.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichneten seit dem Jahre 1900 an Mitgliedern:

Jahr	Mitglieder Jahr	Jahr	Mitglieder Jahr
1900	189 770	1907	354 760
1901	189 772	1908	284 519
1902	179 789	1909	270 751
1903	192 617	1910	295 129
1904	207 454	1911	340 057
1905	265 032	1912	344 687
1906	320 248		

Die Mitgliederzahlen der einzelnen christlichen Gewerkschaften betragen: Vergartheimer 76 988 (- 6800), Bauarbeiter 43 691 (+ 3736), Metallarbeiter 48 644 (+ 1394), Textilarbeiter 39 603 (- 2494), Eisenbahner, Baherrische 26 785 (+ 1), Eisenbahnhandwerker und Arbeiter 20 941 (- 1253), Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter 17 856 (+ 2110), Holzarbeiter 17 280 (+ 1818), Heimarbeiterinnen 8188 (+ 1189), Keramik- und Steinarbeiter 7411 (+ 806), Tabakarbeiter 7888 (- 400), Lederarbeiter 5756 (+ 372), Schneider 4742 (+ 449), Maler 4514 (+ 484), Eisenbahner, Württembergische 3888 (+ 422), Telegraphenarbeiter 3302 (- 27), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 3230 (+ 169), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 2968 (+ 308), Waffhausangestellten 2773 (+ 564), Graphischer Zentralverband 1938 (+ 308), Krankenpfleger 1620 (+ 166), Eisenbahner, Mecklenburgische 987, Gärtner 819 (+ 18).

Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von 6 243 643 Mk. auf 6 608 350 Mark gestiegen, die Gesamtausgaben von 5 299 781 Mark auf 5 222 727 Mk. zurückgegangen, die Vermögensbestände von 7 082 942 Mk. auf 8 575 658 Mk. angewachsen.

Von den Einnahmen entfielen 50 866 Mk. (1911: 52 558 Mk.) auf Aufnahmegebühren, 5 966 965 Mk. (5 629 651 Mk.) auf Beiträge, 39 151 Mk. (49 724 Mark) auf Extrabeiträge und 551 368 Mk. (511 711 Mark) auf sonstige Einnahmen.

Die Ausgaben verteilen sich auf Verbandsorgane 549 973 Mk., Agitation 670 024 Mk., Streik- und Gewerkschaftenunterstützung 654 323 Mk., Meije- und Arbeiterkassenunterstützung 201 223 Mk., Krankenunterstützung 761 293 Mk., Sterbeunterstützung 205 083 Mk., Rechtschutz 116 703 Mk., Sonstige Unterstütlungen 57 611 Mk., Bibliothek und Bildungsvereine 133 267 Mk., Gesamtverbandsbeitrag 98 382 Mk., Gehälter 170 754 Mk., Verwaltung 259 936 Mk., Anteil der Lokalkassen 1 145 722 Mk., Sonstige Ausgaben 203 028 Mk.

Stellt man für die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Lokalvereine, von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Ziffern des Jahres 1911 mit 272 517 Mitgliedern ein, so umfasst die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reich 3 266 819 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 3 042 203 Mitglieder gezählt wurden, ist eine Zunahme von 224 616 zu verzeichnen, von denen 209 491 oder 93,2 Proz. auf die freien Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften betragen 89 628 296 Mk. (1911: 80 953 814 Mk.), die gesamten Ausgaben 68 673 714 Mk. (1911: 67 629 149 Mk.) und die gesamten Vermögensbestände 91 202 295 Mk. (1911: 70 878 305 Mk.). In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, syndikalistischen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten, in den Einnahmen und Ausgaben aber auch diejenigen der Dirsch-Funderschen Kranken- und Begräbniskassen.

Zur Jahre 1900 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerksvereine und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften. Zur Jahre 1911 hatten die freien Gewerkschaften 80,2, die Gewerksvereine 3,8 und die Christlichen 16,0 Proz. der Mitglieder. 1912 hand das Verhältnis sogar wie 84,8 : 3,4 : 11,8. So ist der Anteil der gewerkschaftlichen Agitation, trotz ihrer Terrorisierungsmaßnahmen und trotz der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordenen Unterstützung fortgesetzt im Miskange begriffen und den freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestritten werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu sein. Damit werden sich unsere Gegner und ihre vermögenden Gönner je länger um so mehr abfinden müssen.

Der Jenaer Parteitag

folgende Resolutionen angenommen:

Zum Waffensireil.

Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) beendigten Beschluß des Jenaer Parteitages 1905 ist die umfassendste Anwendung der Waffnarbeits Einstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur, um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern. Die Erwerbung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entzieht die Bestimmung nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestimmungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerfröhen, zum Beherrschender der Siebzehngung. Darum fordert der Parteitag die entrodneten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann. Indem der Parteitag den Waffensireil als unentbehrliches und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung bewirkt, spricht er zugleich die Überzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Waffensireil kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von Massenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdet für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken.

Zur Steuerfrage.

Alle öffentlichen Steuern im heutigen Klassenstaate, ob formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder als indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaft allein gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Wie immer das Steuerwesen heute ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besteuerungen den überwiegenden Teil der Staatsausgaben decken, ändert das nichts an den Grund-

lagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht. Die Ausbeutung des größten Teiles der öffentlichen Klassen auf die Schultern der arbeitenden Klassen durch das Eintreten der indirekten oder Verbrauchssteuern ist aber eines der wirksamsten Mittel der herrschenden Klasse, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken und ihren sozialen und geistigen Fortschritt zu hemmen. Der Parteitag fordert deshalb gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms: „Stufenweise steigende Einkommens- und Vermögenssteuern zur Vertretung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbstverschonungspflicht; Erbschaftsteuer, untermittelt steigend nach dem Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verarmtheit; Abschaffung aller indirekten Steuern, Sölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“ Ferner erklärt der Parteitag: Der Militarismus ist als das wirksamste Machtmittel der herrschenden Klasse stets anzusehen zu bekämpfen. Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen; für die sonstigen Steuervorlagen ist die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion durch Punkt 10 des Parteiprogramms vorgeschrieben; bestehende indirekte Steuern sind durch direkte zu ersetzen.

Zur Arbeitslosenfürsorge.

Die jetzige herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert zehnjährige Maßnahmen zur Verringerung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reich, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung nach würdiger Arbeit aufträge, auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheiten zu tarifräßigen Tügen zu drängen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranlassung von Massensammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Die ständige und die periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit ist eine unermessbare Plage der arbeitenden Klassen und die kapitalistische Produktionsweise; nur sie wird erst mit der Einführung der sozialistisch-organisierten Produktion verschwinden.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung muß aber schon jetzt versucht werden, die schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit laffkräftig zu mildern.

Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die Beschlüsse des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 und des internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen 1910 fordern.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das Eintreten der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

In diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschüssen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die laffkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.

Ein ernstes Wort an die Arbeitereltern!

Wieder wollen wir uns heute an die Arbeitereltern wenden, deren Töchter die Pflicht haben, Stellen in häuslichen Diensten anzunehmen oder bereits als Hausangestellte beschäftigt sind, und sie bitten, diese Familienangehörigen auf den Verband der Hausangestellten aufmerksam zu machen. Wie bei der Gewinnung der als Heimarbeiterinnen beschäftigten weiblichen Personen für die gewerkschaftliche Organisation die Mithilfe der organisierten Arbeiter erforderlich ist, so können auch die als häusliche Dienstmädchen beschäftigten Arbeitereltern für die Arbeiterbewegung nur gewonnen werden, wenn die Familie hilfreiche Hand leistet. Für keinen Beruf aber ist die Organisation von größerer Wichtigkeit als für diesen.

Die jungen Dienstmädchen verlassen beim Antritt der Stellung nicht allein das Elternhaus, sondern oftmals auch die Heimat und stehen nun als unerfahrene junge Menschenkinder allein ihnen gänzlich fremden Verhältnissen gegenüber. Es sind ihnen nicht nur die Lebensumstände der Familien unbekannt, bei denen sie Stellung finden, sondern auch die Ortsverhältnisse und Gebräuche. Zwar soll die

Annahme in die Familie des Arbeitgebers die daraus entstehenden Schwierigkeiten beseitigen. Die Erfahrung lehrt aber zur Genüge, daß dies nicht der Fall ist. In den letzten Wochen ist wiederholt berichtet worden, wie manche Dienstherrin ihre Stellung den Mädchen gegenüber aufkassiert.

Es trifft nicht zu, daß die Mädchen in häuslichen Diensten auf dem Lande und durch das Zusammenleben mit der Dienstherrin besser dastehen als gewerbliche Arbeiterinnen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sind während der Dauer des Arbeitsverhältnisses ganzlich dem Wohlwollen oder den Kränken der Dienstherrin preisgegeben, die sich sogar täthlich an ihnen vergreifen können. Zwar hehlt das bürgerliche Gesetz das Zuchtungsrecht der Dienstherrin formell auf, in der Praxis berechtigt es aber dennoch, weil nach der Gesetzwirkung die Mädchen sich nicht wehren dürfen, wenn jene sich Übergriffe erlauben. Tun sie es oder verlassen sie den Dienst, dann haben die Dienstherrinnen noch immer die Möglichkeit, durch falsche Zeugnisse das Fortkommen der Mädchen zu erschweren.

Verachtung verdient hierbei, daß das Kost- und Logiswesen den sonstigen Stellenwert selbst da, wo er berechtigt ist, erheblich erschwert.

Wie viele Mädchen haben nicht schon aus diesen Gründen in Verzweiflung unüberlegte Schritte begangen.

Tadel ist die Arbeit der Hausangestellten schwer und der Arbeitstag unbegrenzt. Kost und Behandlung stehen oftmals in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung. Daß die Schlaflosigkeiten misserabel und gesundheitschädlich sind, ist viel zu bekannt, um durch Beispiele noch besonders bewiesen zu werden.

Bis jetzt aber stehen die Arbeitereltern diesen Dingen noch immer ziemlich gleichgültig gegenüber, sonst müßten sie weit mehr, als es geschieht, schon die jungen Mädchen, die neu in Stellung treten, auf die für Hausangestellte bestehende Organisation aufmerksam machen, die diesen den Schutz bietet, den die Familie den fern von ihr beschäftigten Familienmitgliedern nicht gewähren kann.

Der Hausangestelltenverband gewährt seinen Mitgliedern Rechtschutz in Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse, die in ihrer unmittelbaren Wirkung für die Mädchen ärgerer Schädigung bedeuten, als die Mehrzahl der gewerblichen Streitigkeiten den Arbeitern und Arbeiterinnen bringt und vertritt überall die Schäden der privaten, gewerkschaftlichen Stellenvermittlung zu beseitigen. Er unterstützt die Mitglieder in Krankheitsfällen und bietet ihnen Gelegenheit zu geselligen Zusammenkünften mit Kolleginnen. Dabei ist der Verband bestrebt, durch belehrende Vorträge die Mitglieder geistig zu heben und in ihnen Verständnis für die Bedürfnisse der organisierten Arbeiterschaft zu erwecken. Dierdurch wird sicher erreicht werden, daß die Hausangestellten als tüchtige Arbeiterinnen und Mütter die Wünsche erfüllen können, die Vorbedingung sind für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Schon allein aus diesem Grunde hat die Arbeiterschaft ganz allgemein ein Interesse an der Förderung der Bestrebungen des Verbandes. Die Eltern von Hausangestellten aber besonders aus den geübleren Verhältnissen heraus, Mühen sie deshalb ihre Töchter und Bekannten auf die Organisation der Hausangestellten aufmerksam machen und sie veranlassen, Mitglieder zu werden. Der Verband hat in der kurzen Zeit seines Bestehens wiederholt bewiesen, daß den Hausangestellten aus der Mitgliedschaft nur Vorteile entstehen.

Die Adresse der Zentralstelle ist: Zentralverband der Hausangestellten, Berlin S. 16, Engelauer 21 111. Vorsitzende: Frau Luise Häbler.

Verteuern Lohnerrhöhungen die Waren?

Die seit Jahren anhaltende Steigerung der Warenpreise hat auch zu der Behauptung geführt, daran seien die fortgesetzten Lohnerrhöhungen schuld. Diese Behauptung wird auch viel von unorganisierten Arbeitern folgerichtig, um als Argument zu dienen, der Organisation fernzubleiben. Wir wissen jedoch, daß nicht die Lohnerrhöhungen die Waren verteuern, sondern daß umgekehrt durch die fortgesetzten Warenpreissteigerungen die Arbeiter gezwungen werden, sich mit verstärkter Energie höhere Löhne zu erkämpfen. Daß hohe Löhne auf die höhere Gestaltung der Warenpreise keinen wesentlichen Einfluß ausüben, beweisen die Verhältnisse in Amerika. Dort sind die Löhne der Arbeiter zum Teil doppelt, zum Teil sogar drei- und viermal so hoch als in Deutschland, und trotzdem sind die Waren entweder überhaupt nicht oder nicht wesentlich teurer, so daß die höheren Einkommen den Arbeitern auch eine wesentlich höhere Lebensweise verschaffen. Weil die deutschen Schuhfabrikanten behauptet hatten, daß der amerikanische Arbeiter entsprechend seinem Mehrverdienst auch mehr leiste, hatte der Zentralverband

der Schuhmacher Deutschlands im Jahre 1910 eine Studienkommission zur Erforschung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Amerika geschickt, welche nun in einer kürzlich erschienenen Zeitschrift ein wertvolles Material über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Schuharbeiter in Amerika veröffentlicht, das nicht nur die Bekämpfung der deutschen Schuhfabrikanten beweiskräftig widerlegt, sondern auch andere obige Behauptung bestätigt. Nach den Angaben der Firma Herz, welche mit den höchsten Löhnen in Deutschland bezahlt, gut eingerichtet und regelmäßig beschäftigt ist, betrug der neunmündiger Arbeitstag der durchschnittliche Tagesverdienst aller Arbeiter im Jahre 1910 4,64 Ml.

Im Staate Massachusetts dagegen hatten nach der amtlichen Statistik im Jahre 1908 — das ein Jahr der Krise war — von den Männern über 21 Jahre 31,72 oder 64,14 Proz. einen wöchentlichen Verdienst von über 12 Dollar, das sind 50,40 Ml., und 76,4 oder 15,34 Proz. hatten einen wöchentlichen Verdienst von mehr als 20 Dollar, das sind 84 Ml. Von den Frauen über 21 Jahre verdienten 13,214 oder 55,52 Proz. wöchentlich mehr als 9 Dollar, das sind 37,60 Ml., 6015 oder 25,69 Proz. verdienten mehr als 12 Dollar, das sind 50,40 Ml. pro Woche. Trotz dieser hohen Löhne steht nun fest, daß die amerikanischen Schuhwaren keineswegs teurer verkauft werden als in Deutschland. Der Ladenpreis der Stiefel schwankt zwischen 1,50 bis 6 Dollar, das sind 6,30 bis 25,20 Ml.

Die Hauptproduktion dürfte aus 3- bis 4-Dollar-Stiefeln, d. h. 12,80 bis 16,80-Mark-Stiefeln (Ladenpreis) bestehen, und diese Preise werden auch in Deutschland bezahlt. Daß aber auch die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter nicht geringer als diejenige der amerikanischen Arbeiter ist, dafür bringt die Zeitschrift ebenfalls eine Anzahl Belege. So Schneider z. B. die Zugschneider bei Krippendorf in Amerika bis zu 380 Paar die Woche. Die Zugschneider in Birmaiens aber übertrumpfen noch die Amerikaner und liefern bis zu 420 Paar. Dabei verdienen die Zugschneider in Birmaiens 32, aber auch nur 24 bis 30 Ml., die Zugschneider in Amerika dagegen bis zu 88,20 Ml. die Woche. Nicht in der höheren Leistungsfähigkeit der Arbeiter und auch nicht in besseren Maschinen ist die vorteilhaftere Produktion der amerikanischen Schuhfabriken begründet, sondern in den Ersparnissen, die durch eine eigenartige Gestaltung der Schuhe erzielt werden, und in der besser durchgeführten Arbeitsleistung. Die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter ist deshalb auch eine den höheren Löhnen entsprechend bessere als die der Arbeiter in Deutschland. Die Zeitschrift veröffentlicht das Haushaltsbudget einer deutschen Familie in Cincinnati, aus dem zu ersehen ist, daß der amerikanische Arbeiter in der Regel morgens zum Frühstück schon mehr Fleisch und Eier isst als der deutsche Arbeiter den ganzen Tag. Das Fleisch kostet in Amerika je nach Quantität 55 bis 80 Pf., während im Jahre 1910 in Deutschland das Pfund 70 bis 100 Pf. kostete. Die Wohnungsmiete, heißt es in der Zeitschrift, ist in Amerika ebenfalls nicht teurer wie in gleichgroßen Städten Deutschlands. Der betreffende Arbeiter, dessen Budget veröffentlicht wird, zahlt pro Monat 36,70 Ml., also 428,40 Ml. pro Jahr. In den deutschen Großstädten, wie München, Frankfurt am Main, Dresden, Leipzig, Berlin usw. bekommt man gleich große Wohnungen, drei Zimmer und große Wohnküche nebst Zubehör, für diesen Preis nicht. Denn diese Wohnungen liegen im Innern der Stadt, für Miete, sehr gute Ernährung und alles, was der Haushalt erfordert, und die vierköpfige Familie wöchentlich 66,75 Ml. aus. Da der Verdienst (von Mann und Frau) pro Woche 105,67 Ml. betrug, so blieben wöchentlich 31,92 Ml. übrig für Kleidung, Wäsche, Vergnügungen usw. — Daraus ergibt sich, daß bessere Arbeitsmethoden den Arbeitern hohe Löhne und im Verhältnis dazu billige Lebensmittel zufloßen lassen.

Aus der Militäreffektenbranche.

Im allgemeinen stehen wir heute im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges. Nicht nur in der Großindustrie macht sich dies bemerkbar; auch in unserem Beruf haben wir Freunden zu verzeichnen, die bereits darunter zu leiden haben.

Meines Leben beruht allein in der Militäreffektenbranche, und wo angängig müssen unsere Kollegen die günstige Situation aus. Aber auch unsere Arbeitgeber sind nicht untätig. Vielfach können wir die Beobachtung machen, daß sich Zununehmender zu einer „Genossenschaft“ zusammenschließen, um dadurch Militärlieferungen zu erlangen. Es braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden, daß diese „Genossenschaften“ gegenüber den gut eingerichteten alten Betrieben der Militäreffektenbranche, die einen gutgefuhrten Arbeiterstamm haben, nicht konkurrenzfähig sind. Sie existieren in der Hauptsache dadurch, daß sie versuchen, unter den elendesten Verhältnissen und bei niedrigen Löhnen die jüngere Kollegenschaft

auszubilden. Es soll hier nicht in Handwerksfeindlichkeit genach werden. Aber wenn man die bürgerliche Weichheit des Militärsloges, an der Spitze des Zentrums, die Heeresverwaltung bestimmen konnte, daß ein Teil der Heereslieferungen an Handwerksmeister bezogen, Annungen vergeben wird, so hätte auch die selbst bürgerliche Weichheit, und insbesondere das Zentrum gegenüber den „ehrlichen“ Arbeitern, die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß die Heeresarbeiten nicht in elenden Verhältnissen und unter tarifmäßigen Löhnen angefertigt werden. Wir sehen hier, daß die so berühmte Handwerksfreundlichkeit, die besonders bei Wahlen so sehr hervorgehoben wird, sich direkt in Arbeiterfeindschaft auswirkt.

Wir wollen jedoch Gerechtigkeit walten lassen. Nicht allein sind es die Handwerksmeister, die schädlich für die Militärlieferungen wirken. Es gibt auch einige alte Betriebe, die die gegenwärtige Geschäftslage annehmen, um dabei einen gewissen „Hebstock“ zu machen. Vornehmlich macht es sich bemerkbar, daß diese Betriebe ihre Arbeiten fast nur von Heimarbeitern und Kleinmeistern herbeiziehen lassen. Besonders die Kartonen sind es, die gegenwärtig wie die Knochen des Schlachtfeldes über die Militärlieferungen verstreut. Dabei finden wir, daß diese Kräfte nicht immer die Arbeiten selbst anfertigen. Sie gehen meistens ihrer Heimarbeit nach und lassen sich zur Anfertigung der Militärlieferungen junge Geblühen, die wenig entlohnt, meist noch in Kost und Logis, vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein arbeiten müssen. Derartige Kräfte werden nicht nur am Ort oder in der Umgebung beschäftigt, sondern bis in entlegene Wehrbezirke wird der Heimarbeiter verschickt. Tag bei einer derartigen Produktionsweise die Arbeit nicht immer vorchriftsmäßig ausfällt, kann man sich denken, und manche Fabrikanten können ein Lächeln davon zwingen.

Zu den Betrieben, die ihre Arbeiten meist an Heimarbeiter und Zwischenmeister vergeben, gehört auch die Firma Gammerschlag in Köisdorf, eine alte Militäreffektenfabrik. Früher waren Werkstattarbeiter hier nur sehr wenige, meist nur Zugschneider und Hilfsarbeiter, beschäftigt. Bei der diesmaligen Vererbe ist eine „Betriebsverstaatlichung“ eingeleitet worden. Wie diese „Betriebsverstaatlichung“ aussieht, konnten wir in einer Versammlung der Gammerschlag'schen Militärlieferanten, die in den letzten Tagen in Bonn abgehalten wurde, erfahren. Die Werkstatt liegt direkt unter dem Dach, so daß die Kollegen sehr unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen zu leiden haben. Die Höhe der Werkstatt beträgt 1,50 bis 2 Meter. Eine größere Person kann an manchen Stellen nicht gerade stehen.

Die Firma behauptet den Arbeitern gegenüber, tarifliche Löhne zu zahlen. Abgesehen davon, daß die Firma einen Tarifvertrag nicht abgeschlossen hat, trifft es auch nicht zu, daß sie tarifliche Löhne zahlt. Es müßte dann sein, daß die Firma einen Tarif für sich ausgearbeitet hat. Es scheint, als ob die Firma mit der Bemerkung, tarifliche Löhne zu zahlen, nur Arbeiter füttern will.

Wohlfühlen konnten wir, daß auf der „Betriebsverstaatlichung“ meist ungeschulte, junge und ungeschulte Kollegen beschäftigt werden.

Eine besondere Parole übt die Firma bei Einstellung von Heimarbeitern. Wir finden hier nicht allein Heimarbeiter, die einen eigenen Haushalt haben, sondern auch zugereiste Kollegen müssen, wenn sie Arbeit haben wollen, sich als Heimarbeiter etablieren. Wenn mieten sie sich in einer Werkstätte einen Raum, der auch zugleich als Schlafraum dient, und hier wird das „elke Sattlerhandwerk“ ausgeübt. Es erübrigt sich wohl, noch näher darauf einzugehen, wie schädlich es ist, wenn der Arbeiter gezwungen ist, unter solchen Verhältnissen die Arbeit anzufertigen. Daß in einem solchen Betrieb die Organisation nicht auf gelitten ist, kann man sich denken. Wir waren es den übrigen Fabrikanten und der Kollegenchaft schuldig, hier aufstehend zu wirken, und berieten eine Versammlung ein. Garmoslos waren die Einladungen abgelehnt. An der Hand der Tarifverträge wollten wir sehen, ob die Firma Gammerschlag wirklich tarifliche Löhne zahlt. Ein Kollege übernahm das Verlesen der Einladungen. Leider hat sich unter den Beschäftigten ein Lump gefunden, der unseren Kollegen bei der Firma aufschwänzte. Denn bald darauf brangte am „Schwarzen Brett“ unser Einladungssettel und darunter folgende Bemerkung: „Einkäufer obiger Versammlung ist entlassen. Ich erwarte von „meinen“ Sattlern, daß obige Versammlung nicht besucht wird.“ Meine Sattler! Es scheint, die Firma hat bereits das Verfügungsrecht über „ihre“ Sattler. Die Firma mag sich trösten. Die Versammlung hat stattgefunden, wenn sie auch nicht so besucht war, wie wir es wünschten. Und was wir erfahren wollten, haben wir erfahren. Aber den Kollegen wollen wir zurufen: Hier kann nur eine gute Organisation helfen! Was sagt übrigens die Heeresverwaltung zu solchen Zuständen? — der.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Aussperrung in den Rechnabornetten im Brandenburg ist nach siebenwöchiger Dauer mit Erfolg für die Arbeiter beendet und Montag, den 29. September, die Beschäftigung wieder aufgenommen worden. Bekanntlich hat die Firma Reichen in jedes Angehörige abgeholt und bürgerliche Wähler inspiert, daß alle Klöße im Betriebe bereits besetzt seien und den Aussperrten die Papiere zur Verfügung stehen. Jedoch scheint der Beschluß der Versammlung vom 8. September, welche für die Fortführung des Kampfes votierte, ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben. Durch Vermittelung des Herrn Kommerzienrats Müller ist es denn auch möglich geworden, erneut die Verhandlungen aufzunehmen und ein die Arbeiterschaft befriedigendes Ergebnis zu erzielen.

So soll statt der erzwungenen Zuschläge die Fortführung der Arbeitszeit um je eine halbe Stunde in den beiden nächsten Jahren und der Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Pf. eine sofortige Arbeitszeitverlängerung um eine Stunde in der Woche und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. eintreten. Außerdem hält die Firma nicht mehr daran fest, die 11. Arbeitsstunde nicht als Heberstunde zu bewerten, vielmehr soll jetzt die erste Heberstunde nach der regulären Arbeitszeit mit 10 Proz. jede weitere Heberstunde mit 20 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Die in der Heberstunde beschäftigten Arbeiter erhalten zu dem erzwungenen Lohnzuschlag von 2 Pf. einen noch einmaligen in der gleichen Höhe. Nach einer bereits früher abgegebenen Erklärung der Firma sollen auch vorhandene Affordiebler nachgeprüft und wemöglich angunken der Arbeiter ausgeteilt werden. Zur Regelung von Lohnstreitigkeiten soll innerhalb des Betriebes ein Schlichtergericht eingesetzt werden. Von dieser neuen Basis soll nun ein neuer Vertrag geschlossen werden, der bis zum 31. Juli 1916 läuft. Die verkürzte Arbeitszeit fällt auf den Sonnabend. Wahrgelungen sollen nicht erfolgen.

Eine Versammlung der Aussperrten nahm Donnerstag, den 25. September, zu diesem Resultat Stellung, in der per Stimmzettel sich 1486 für Annahme der neuen Bedingungen und 247 dagegen erklärten. Besonders hat die Firma Reichen eine Lehre aus diesem Kampfe gezogen und nicht beirrt sein, die eingegangenen Verpflichtungen vollständig zur Geltung zu bringen. Dazu wird es aber notwendig sein, daß auch die Arbeiter fest zusammenhalten und ihre Organisation so ausstellen, daß jeder Unternehmer eine Verhandlung mit den Arbeitern einer Aussperrung vorzieht.

Differenzen in der Zengerfabrik G. Fischer u. Co., Hamburg. Anfang Juli d. J. hatten die dort beschäftigten Kollegen die Absicht, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, vor allem die Verteilung des Zwischenmeisterlohns zu erzielen. Doch war die Sache sehr schnell dem Zwischenmeister verraten worden, worauf unser am längsten dort beschäftigter Kollege entlassen wurde; die übrigen zwei legten mit diesem die Arbeit nieder.

Durch angebahnte Verhandlungen konnte keine Einigung erzielt werden; vielmehr sollten weitere Verhandlungen stattfinden, doch wurde telephonisch mitgeteilt, daß man nichts mehr mit dem Sattlerverbande zu tun haben will. Eine spätere Anfrage um Verhandlungen wurde abgelehnt, da die Arbeiter noch außerhalb berzogen seien. Doch kurze Zeit später erhielt unsere Ortsverwaltung ein Schreiben, daß man geneigt sei, mit uns in Verhandlungen einzutreten. Nachdem dabei allerdings über die Unrichtigkeit unserer Forderungen, die wir doch selbst zu bestimmen haben, gesagt war, erklärte Herr Fischer: Das Zwischenmeisterlohn in meiner Sattlerei ist nun endgültig besetzt, der Zwischenmeister ist nicht mehr in meinem Betriebe, die Preise, welche bisher an diesen gezahlt wurden, sollen die Sattler in Zukunft ungefähr erhalten.“ Da nun die Freiheit der Beschäftigten längst abgereist oder anderweitig in Arbeit getreten sind, so sollten in den nächsten Tagen Sattler durch unseren Arbeitsnachweis einseitig werden. Mit dem so Erzielten konnten wir unter den gegebenen Umständen zufrieden sein. Jedoch stellte Herr Fischer keine Leute vor uns ein, sondern ließ auf eine diesbezügliche Anfrage erklären, daß er bis Mitte Oktober bereit sei. Inzwischen eingezogene Erlundigungen ergaben unabweislich, daß die ganze Bewilligung nur ein Scheinwunder war, mit die Sperre aus der Zeitung loszuwerden, da der ehemalige Zwischenmeister Wermke mit etlichen Nationalen im Wohnhause des Herrn Fischer, Bramfelder Straße 113, eine Etage bezogen hat und dort ganz unter dem früheren System weiterarbeitet. Die meisten bei ihm Beschäftigten haben auch in vergangenen Jahre in der Treibriemenfabrik Konrad Scholz den Streit brechen helfen.

Herr Fischer sieht die Arbeiterschaft sehr gern als Kunden in seiner Fabrik; es könnte ihm dieses bei guter Verbreitung zur Klame dienen.

Hannover. Am 31. August lief der mit dem Verband der Sattler und Portefeuller und der Firma Rössler u. Sohn abgeschlossene Tarif ab. Durch bedeutende Verbilligung ist es gelungen, einen neuen Tarif auf drei Jahre wieder abzuschließen. Wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt worden sind, so muß doch gesagt werden, daß Herr Rössler ein viel größeres Verständnis für soziale Fragen gezeigt hat als ein anderer Hannoverischer Unternehmer derselben Branche. Folgende Bestimmungen sind in den Tarif aufgenommen: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, vor den hohen Feiertagen 7 Stunden. Die Lohnarbeiter erhalten ab 1. April 1914 eine Zulage von 1 Mk. Die Affordriase wurden im allgemeinen um 5 Proz. die schlechten Teile um 10 bis 15 Proz. erhöht. Nebenstunden werden noch 8 Uhr abends mit 10 Pf. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 20 Pf. Zuschlag bezahlt. Zum ersten Male ist es gelungen, für die Weichirrtattler hier am Orte tarifmäßig festzulegen. Kollegen, die zwei Jahre im Betriebe beschäftigt sind, erhalten zwei Tage, nach vier Jahren vier Tage und nach zehn Jahren sechs Tage Urlaub bei voller Bezahlung. Arbeiter erhalten den Durchschnittslohn. Wenn auch der endgültige Termin für eine volle Woche Urlaub etwas weit hinausgeschoben ist, so muß in Anbetracht der Verhältnisse dieses Zugeständnis doch besonders bemerkt werden. Für die übrige Kollegenchaft am Orte muß dies ein Ansporn sein, die Forderung auf Gewährung von Urlaub immer und immer wieder zu stellen, bis derselbe allgemein durchgesetzt ist. Der Arbeiter, welcher das ganze Jahr hindurch seine volle Kraft dem Unternehmer zur Verfügung stellt, durch seine produktive Tätigkeit dem Gewinne schafft, die vielfach der Unternehmer und Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft erst in den Stand setzen, mehrwöchige kostspielige Wadereisen zu machen, kann wohl das beschriebene Recht für sich in Anspruch nehmen, wenigstens eine Woche Urlaub zu verlangen, um befreit von den Sorgen und Kosten des Alltags, sich wirklich mal ausruhen und erholen zu können. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch bemerken, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, die Bestimmungen des Tarifs genau innezuhalten. Der beste Tarif ist nichts wert, wenn das Erreichte nicht eingehalten wird.

Die Kollegen der Militärbranche waren ebenfalls genötigt, Forderungen zu stellen. Die augenblickliche Konjunktur veranlaßt die Kollegen der Firma Rössler, welche Tornister zu machen hat, die tarifmäßigen Löhne des Berliner Tarifs zu verlangen. Im Auftrage der Kollegen wurden zwei Hauptdeputierten bei Herrn Rössler vorstellig, konnten aber keine Einigung erzielen. Die Hauptanforderung kann sich leider nicht dazu aufschwingen, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen, wie er in vielen anderen Städten schon längst anerkannt ist. Zur Arzeneimittelung kam es bei der Firma Rössler. Herr Rössler bezahlt 80 Pf. pro Tornister weniger, als der Berliner Tarif vorsieht. Interessant sind die Ausführungen des Herrn Rössler, der da meinte, insofern der schlechten Bezahlung der Militärbehörde hätte er selbst keine 80 Pf. Verdienst pro Stück. Würde er nun diese 80 Pf. laut Berliner Tarif den Kollegen bezahlen, dann bliebe ihm als Unternehmer überhaupt nichts. Für diese Argumente hatten die Kollegen jedoch kein Verständnis. Sie sind vielmehr der Ansicht, was andere Unternehmer können, Herr Rössler mindestens ebenfalls kann. Die hiesige Kreisverwaltung hatte sich beschwerdebetreffend an das Kriegsministerium gewandt. Dasselbe erklärte in einem Schreiben an die hiesige Innung, daß darauf zu achten sei, daß möglichst die tariflichen Löhne gezahlt werden. Hoffentlich berücksichtigt Herr Rössler dieses in seinem eigenen Interesse. Verhandlungen, die gepflogen sind, haben jedoch noch kein befriedigendes Resultat erzielt. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorts, bei Arbeitsangeboten nach Hannover sich zuerst bei der hiesigen Kreisverwaltung zu erkundigen.

Korrespondenzen.

Wagberg. (E. 19. 9.) In der Mitgliederversammlung vom 13. September wurde als erster Punkt die wieder notwendig gewordene Lokalbeitragsfrage behandelt. Es wurde der Versammlung anheimgestellt, den seit dem 1. April eingeführten und nur auf ein halbes Jahr bestimmten 10-Pf.-Lokalzuschlag beizubehalten oder die Lokaltasse ganz fallen zu lassen. Zur Begründung hierfür wurde ausgeführt, daß wir mit 5 Pf. Lokalzuschlag bei den hiesigen Lokalverhältnissen in Zukunft unmöglich auskommen können. Die Diskussionsredner waren denn auch im allgemeinen für Beibehaltung, abgesehen von einigen Kollegen, welche gegen jeden Lokalbeitrag sind. Ein hierauf geheimer Antrag auf Beibehaltung des Lokalzuschlags von 10 Pf. nebst Abänderung des Lokalstatuts wurde mit 21 gegen 8 Stimmen angenommen. Sodann wurde als zweiter Punkt

der Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Verband der Sattler und Portefeuller und dem Tapetierverband, welcher von der vorigen Versammlung zurückgestellt war, erledigt. Die Mehrzahl der Diskussionsredner äußerte sich für die Verschmelzung. Folgende Resolution und einstimmige Annahme: „Die Versammlung erkennt an, daß Schlichterarbeiten betreffs der Mitgliedschaft beider Verbände verhandelt sind, sie glaubt aber, daß solche durch den Gegenseitigkeitsvertrag nicht beizubringen, sondern noch verschärft werden, und wünscht daher, daß die Zentralverbände beider Verbände erneut Stellung zu einer Verschmelzung nehmen.“

Unter „Gewerkschaftliches“ wurde zu den Ende November stattfindenden Gewerbevereinstagungen Stellung genommen und wurde, nachdem mehrere Mitglieder anwesend, eine Wiederwahl jedoch ablehnt, Kollege Anstalt in Vorschlag gebracht, welcher die Wahl auch annimmt. Unter „Beschwerden“ wurde einem Antrag des Kollegen Gruber, alle 14 Wochen Versammlungen abzuhalten, zugestimmt. Auf diesen Vorschlag hin wurde vom Vorsitzenden aufgeschoben, für zukünftigen besseren Versammlungsbesuch zu sorgen. Von einigen Kollegen der Firma Diercke, Militärreifeffektfabrik, wurde über Nichterhaltung des Tarifs und über das Verhalten der Gewerbevereinstagungen berichtet, für Abhilfe zu sorgen. Nach einigen Beschlüssen des Vorstandes und einer Aufforderung zur Hausagitation, welche zurzeit vorgenommen wird, erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung.

Breslau. (E. 20. 9.) Heber die Bedeutung des Genossenschaftswesens sprach Genosse Winger in unserer Versammlung am 13. September. Redner betonte, daß Produktivgenossenschaften und Konsumgenossenschaften nicht miteinander zu verwechseln sind. Während die Anfänge der einen bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen, betonen die letzteren erst seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo sich in England 25 Weber zusammengeschlossen hätten, um gemeinsame Einkäufe zu machen. Diese seien daher auch als die Gründer der Konsumgenossenschaften anzusehen. Heberhaupt habe sich diese Idee in England schnell verbreitet, und auch beim noch seien die englischen Genossenschaften vorbildlich. In den letzten Jahren sind auch bei uns von bürgerlicher Seite Kolonial- und Konsumgenossenschaften gegründet worden. Die Arbeiterkonsumgenossenschaften existieren erst seit den neunziger Jahren, da es vorher unter der Herrschaft des Sozialistengehezes eine Unmöglichkeit war, an solche Gründungen heranzutreten. Später wurde von allen Konsumgenossenschaften ein Verband gegründet, aus dem 1902 alle Arbeiterkonsumvereine ausgeschlossen wurden. Diese bildeten einen zweiten Verband, dem jetzt 1185 Vereine angeschlossen sind. Nachdem dann noch die Großkaufmannschaft für Konsumgenossenschaften ins Leben gerufen worden war, ging man allmählich zur Eigenfabrikation über. Heute betreiben schon resp. werden in nächster Zeit in Betrieb gesetzt: 1 Seifenfabrik, 3 Zigarrenfabriken, 1 Druckerei und Papierwarenfabrik, 1 Papierfabrik, 1 Nahrungsmittelfabrik, 1 Zündholzfabrik u. a. m. Außer diesen Fabriktrieben betreiben noch einige größere Konsumvereine eigene Produktion: 20 haben eigene Wadereien, auch eine Fleischerei, eine Molkerei und ein Huttergut werden von Konsumgenossenschaften verwaltet. Im ganzen arbeiten jetzt schon in diesen Betrieben 27 000 Arbeiter. Redner führte eine Menge Beispiele an, um zu beweisen, daß die Genossenschafts- und Genossenschaftsbewegung unbedingt zusammengehören und jedes Genossenschaftsmitglied auch Genossenschaftsmitglied sein muß. Da diese Genossenschaften alle unsere hauptsächlichsten Bedürfnisse decken, so ihren Arbeitern das Konsumrecht nicht beizubehalten, auch für mögliche Einschränkung der Heimindustrie sorgen und für gänzliche Beseitigung der Zwangsarbeit, hinweisen, indem seine Waren gekauft werden, die in Zuckfabriken angefertigt werden, die mit ihren Arbeitern im Tarifverhältnis stehen, über sie zu einem gewissen moralischen Einfluß auf ihre Konzentration aus. Zum Schluß kam Redner noch auf die örtlichen Verhältnisse in dieser Beziehung zu sprechen und ermahnte die Kollegen, seine Worte zu beherzigen und in ihrem Sinne zu handeln. Nach mehreren Rechnungsabgaben wurden noch einige Schritte zur Verlegung unserer Agitation unternommen.

Leipzig. (E. 20. 9.) Die am 13. September tagende Branchenversammlung der Wagern, Militäreffekten-, Geschirrs-, Treibriemen- und Fabrikattellerbeschäftigte sich mit dem Thema: „Berufstatistik und Branchenangelegenheiten“. Vor Eintritt in die Tagesordnung trug Kollege Frabner verschiedene Resolutionen vor, welche allseitigen Beifall der Kollegen fanden. Daran gab der Vorsitzende den Bericht der Berufstatistik vom zweiten Quartal. Berügt wurde die ungenügende Ausfüllung der Fragebogen, besonders aus der Geschirrbrennerei, wo fast gar keine Statistik vorhanden ist. Der Grund ist in dem wertverweichten Kleinmeisterum zu suchen. Diese Herren beschäftigen mit Vorliebe junge Weibchen, da diese gesünder sind und sich besser ausnutzen lassen. Neben diese den Organisationsgedanken erfüllt, müssen sie das Geld raumen. Insofern war es der Organisation noch nicht möglich, dort seinen Fuß zu fassen. Es liegt hier noch ein weites Feld zur Bearbeitung frei. Nicht besser sieht es in der Treibriemenbranche aus, wo von 21 Kollegen und 3 Hilfsarbeitern nur 13 Kollegen organisiert sind. Die Folge davon ist, daß nur bei der Firma Wechsler, wo alle 5 Kollegen dem Verbande angehören, Lohn und Arbeitszeit geregelt sind und Nebenstunden mit 33% Proz. vergütet werden. Tagelohn werden bei Nachts noch Löhne von 19 und 21 Mk. gezahlt und Nebenstunden mit 5 und 10 Pf. vergütet. Dem Gipfel der Freigiebigkeit bietet Herr Gieseler seinen Arbeitern, indem der Betrag für Nebenstunden erst Weihnachten ausbezahlt wird, wo schließlich die Mächtigkeit des Betrages zu prüfen sein wird.

Eine schärfere Debatte entspann sich unter Branchenangelegenheiten. In dem Tarifvertrag der Wagen- und Autoatteller vom 1. April d. J. wurde unter Arbeitsnachweis von den Unternehmern anerkannt. Leider wird dieser Passus häufig von den Unternehmern, besonders von der Firma Hahn, umgangen, indem diese in hiesigen und auswärtigen Plätzen oder durch dritte Personen Arbeiter sucht. Allerdings sind die in Frage kommenden Kollegen Mithildig, indem sie die Firma bei Arbeitsannahme in ihrem Treiben unterstützen. Pflicht jedes Kollegen ist es, diese Ergründung hochzuhalten. Die schärfsten Maßnahmen gegen Unternehmer als auch gegen Kollegen sollen ergriffen werden, um diese an ihre Pflichten zu erinnern.

Dresden. In unserer am 23. September im „Matthariengarten“, Mattharientraße, stattgefundenen Militärattellerversammlung hielt Kollege Elsner einen Vortrag über: „Die Genossenschaftsbewegung im Lichte der Kritik“.

Von den Arbeitsverhältnissen ausgehend, führte der Referent in sachlicher und verständlicher Weise sein Thema zu Ende. Redner erzielte für seinen interessanten einmündigen Vortrag lebhaften Beifall und Dank der Kollegen. Zur Kündigung des jährlichen Militäratteller Tarifs wurde Stellung genommen und nach kurzer Debatte beschlossen, den jetzt bestehenden Tarif zu kündigen. Leider müssen wir bedauern, daß die Kollegen bei dieser wichtigen Frage nicht vollständig zur Stelle waren. Gerade diejenigen, welche immer am Tarif nörgeln und gegen den Verband große Klagen über erlösen lassen, waren unfehlbar. Zu der am 7. Oktober im „Volkshaus“ stattfindenden Versammlung wird die Beamtenwahl vorgenommen.

Zwickau. (E. 30. 9.) In der am 14. September von circa 50 Kollegen besuchten kombinierten Versammlung der Eisverwalter Meerrane, Verdau, Niederchlesma und Zwickau im Gasthof „Goldener Beder“ referierte Kollege Peter Blum-Verlin über: „Die Genossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart“. In dem 14stündigen Vortrage schilderte Redner die Entstehung der Genossenschaften sowie deren Fortbewegungen und Grundzüge in früheren Jahren. Die lehrreichsten Ausführungen des Referenten ernteten reichen Beifall. Die Aufforderung des Vortragenden an die unorganisierten Kollegen, sich dem Verbande anzuschließen, führte zu einer längeren Debatte. Es wurde noch beschlossen, im nächsten Jahre im Sommer einen gemeinsamen Spaziergang nach Niederchlesma zu unternehmen.

Rundschau.

Anmeldepflicht für Hausarbeiter. Zum 1. Oktober haben Unternehmer oder Zwischenmeister, die Hausarbeiter beschäftigen, bei der zuständigen Polizeibehörde Listen der von ihnen beschäftigten Hausarbeiter und -arbeiterinnen einzureichen. Da im vorigen Jahre verschiedentlich Strafungen saumseliger Arbeitgeber bis zum Betrage von 30 Mk. verhängt worden sind, liegt es im Interesse der Verpflichteten, sorgfältig ausgefüllte Verzeichnisse rechtzeitig einzureichen. Die Listen sind die Grundlage der Tätigkeit der Gewerbeinspektion und dienen nicht steuerlichen Zwecken.

Gewerkschaftsbeiträge sind Feuerabzugsfähig! In diesem Sinne hat das Oberlandesgericht zu Düsseldorf anlässlich einer Beschwerde eines Mitgliedes des Buchbinderverbandes entschieden und sich auf den Standpunkt gestellt, daß solche Beiträge in der Tat abzugsfähig seien. Das Gericht hat dabei als unerheblich bezeichnet, ob auf den Weg der festgesetzten Unterstützung ein klagbares Recht vorhanden sei oder nicht. In dem zur Verhandlung stehenden Falle hat das Gericht die Ansichtung der Vorinstanz,

Die die Zahlung des jährlichen Beitrages zur Gewerkschaftsliste als nicht zur Beitritt zum Unterhaltes gehörig und deshalb ihren Antrag für unzulässig erklärt hatte, als unzulässig bezeichnet, da die Beitritt zum Unterhaltes des Unterhaltes verweigert habe. Der Unterhalt umfasst nach § 1619 des Bürgerlichen Gesetzbuches den ganzen Lebenslauf einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer handesgemäßen Lebensstellung erforderlich seien. Der Beklagte sei als Bundesrunder, um eine seiner Fähigkeiten entsprechende Stellung zu erhalten, zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gezwungen. Dazu kamen die finanziellen Vorteile, die er durch die Mitgliedschaft für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität erwirbt, ohne daß seine Leistungsfähigkeit durch sie unmittelbar erhöht würde.

Freie Hochschule Berlin. Das neue Programm für das Herbstquartal Oktober bis Dezember 1913 bringt wieder eine Vermehrung der Vortragsreihen auf 150. Neben den bisher gepflegten Gebieten: Naturgeschichte, Weltanschauung, Philosophie, Volkswirtschaft, Staats- und Rechtslehre, Geschichte, Geographie, Medizin, Technik, Mathematik, Kunst, Literatur, Sprachen usw. usw. sind neu aufgenommen: Kultur der alten Welt, französische Kunst, Streifzüge durch Italien, Gesangskunst, Steuerkunde, Wetterkunde, Gartenkunst und Hausgärten usw. Eine große Anzahl von Zellen werden wieder durch Lichtbilder, Demonstrationen, Übungen und Führungen ergänzt werden.

Die Programme sind vom 20. September ab, außer in unserem Bureau, auch in sämtlichen Filialen von Koeser u. Wolff und in sämtlichen öffentlichen Bibliotheken und Leseböden Berlins und der Vororte kostenlos erhältlich.

Die Direktoren sind, wie bisher, für unsere Mitglieder mit 25 Proz. Ermäßigung, vom 20. September ab, in unserem Bureau, in den Zigarettenhandlungen der Herren: Paul Gorch, S. 16, Engelwiler 15, Ernst Voigt, M. 6, Charlottenstr. 3, Alfred Witt, Charlottenburg, Kirchstr. 30, zu haben.

Das Ideal der Volkserziehung zur Zeit der französischen Revolution. Für Menschen, die nicht mit Glückseligkeit beglückt sind, bedeutet die Geburt eines Kindes die Vermehrung der Last, die das Leben ihnen auferlegt. Die französische Revolution hatte die gute Absicht, dem Bürger diese Last zu erleichtern. Robespierre, der am 15. Juli 1793 über diese Frage im Konvent sprach, malte das Ideal der künftigen Volkserziehung der französischen Bürger in den schönsten Farben aus; ihm schwebte eine Volkserziehung vor, wie sie nur in einer Gesellschaft möglich wäre, in der die Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit keine Lüge sind. Robespierre sagte in seiner gewohnten glänzenden Beredsamkeit: „Gemeinnützige und unglückliche Bürger! Bald soll die Geburt eines Kindes nicht mehr eine Last für euch sein. Die wohlthätige Republik wird euch die Last erleichtern. Zu eurem Wohlfühlen und den angenehmen Impulsen der Natur, werdet ihr ohne Bedauern dem Vaterland die Kinder anvertrauen können. Das Vaterland wird sie empfangen, alle gleich erziehen, auf Kosten des Heberflusses, den der Reichtum gewährt, wird sie nähren alle gleich, und ebenso heilen alle gleich. Und wenn sie wohlgezogen wieder zu euch zurückkehren, wird mit ihnen eine neue Quelle des Reichtums in die Familie einziehen, da sie Kraft, Gesundheit, Liebe und Arbeitslust mitbringen werden. Die Erziehung und der Unterricht der Kinder sind eine öffentliche Schuld der Republik.“ Diese Schuld ist in der kapitalistischen Republik nur zum kleinsten Teil bezahlt. Die Republik der Bourgeoisie hebt sogar einzelnen monarchischen Staaten gegenüber in bezug auf soziale Kinderfürsorge zurück, wenn sie auch anderen monarchischen Staaten wieder voraus sein mag. Wohl wurde in den meisten Staaten die allgemeine Schulpflicht eingeführt, aber da die Eltern so vieler Kinder in Not und Armut leben, können ihre Kleinen am Segen der Schulpflicht nicht teilnehmen. Mit hungerigem Magen können die Kinder der Armen keinen Unterricht genießen. Um die Schule allen Kindern des Volkes zugänglich zu machen, müßten die Kinder, so wie es Robespierre in seinem revolutionären Enthusiasmus sich vorstellte, auf Kosten der Allgemeinheit gespeist und gekleidet werden. Zu diesem Behuf müßten die ärmeren Gemeinden vom Staat subventioniert werden, damit sie Schulpflichten errichten können, in welchen die Kinder ihre Wohlzeiten gemeinsam, „alle gleich“, einnehmen. Aber weder die Gemeinden noch der Staat denken an dieser Einrichtungen, denn dafür ist kein Geld da. Man findet es selbstverständlich, daß Hunderte von Kindern hungrig in die Schule gehen; daß die Gesellschaft dafür zu sorgen hätte, eine solche Barbarei unmöglich zu machen, das erachtet man für eine Utopie. In der kapitalistischen Gesellschaft sind Forderungen dieser Art in der Tat eine Utopie. Diese Gesellschaft hat nur eine Aufgabe:

Schutz des Privateigentums. Das Privateigentum nicht aller Sozialreform im Wege; dabei ist in der Gesellschaft der Privateigentümer an eine Verwirklichung des Ideals von Robespierre nicht zu denken; das bleibt einer künftigen, auf sozialen Prinzipien aufgebauten Gesellschaft vorbehalten.

Schaukundmachung des Zentralvorstandes.

Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Eine Sammlung von Abhandlungen von Adolf Mann.

Dieses 500 Seiten starke Werk erscheint in einigen Wochen im Buchhandel. Wie wir bereits in Nr. 37 unseres Verbandsorgans bekanntgegeben haben, können unsere Mitglieder, insbesondere die Ortsverwaltungen, das gebundene Exemplar zum Vorzugspreise von vier Mark erhalten, wenn sie den Betrag portofrei an die Adresse des Kollegen F. Plum, Berlin, Brückenstr. 10 b III, einsenden.

Zur Beachtung für Militärsattler!

Den Ortsverwaltungen sind in dieser Woche die gelben Lohnstatistikarten für das vierte Quartal zugesandt worden. Die für das dritte Quartal ausgegebenen grünen Karten werden ab 29. September eingezogen und sind bis spätestens den 15. Oktober an die Hauptverwaltung einzulenden. Jeder auf Militärarbeit beschäftigte, auch die in Zeitlohn stehenden Kollegen haben die Verpflichtung, die Karten gewissenhaft auszufüllen.

F. H. der Tarifkommission: Alfred Riedel.

Sterbetafel.

Berlin. Am 23. September verstarb der Tischler Oskar Kuske, 48 Jahre alt.

Ehre seinem Andenken!

Adressenänderungen.

Strassund, B. E. Konrad, Röhrlhofstr. 30.
K. F. Wegner, Manonienweg 22.

Verfallungskalender.

- Nachen. Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 11 Uhr, bei Tobmen.
- Brandenburg. Mittwoch, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
- Bremervahren. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Langestraße 18.
- Cöthen. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Ludwigshalle“.
- Deffau. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 9 Uhr, „Tivoli“.
- Dortmund. Samstag, den 11. Oktober, abends 9 Uhr, bei Janowski.
- Düsseldorf. Samstag, den 11. Oktober, abends 9 Uhr, Marienstraße 65.
- Effen. Samstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Giffelturm“.
- Görlitz. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“.
- Halle a. d. S. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Volkspark“.
- Hannau. Donnerstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Blümel.
- Kaiserlautern. Samstag, den 11. Oktober, abends 9 Uhr, „Schützenheim“.
- Kassel. Freitag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Graben, bei Sommer.
- Königsbütte. Sonntag, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Wasserstraße 5.
- Leipzig. (Meißeartefabrik) Freitag, den 10. Oktober. — (Geschirr- und Wagenbranche) Sonnabend, den 11. Oktober, „Volkshaus“.
- Magdeburg. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Neue Welt“.
- Mannheim. Samstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Restaurant zur Pergaltstraße“.
- Münster. Montag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Stuttgart. Auto- und Wagenbranche: Samstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, in Cannstatt, Karlsruherstraße 107. — Kofferbranche: Montag, den 6. Oktober, abends 6 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Verdau. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Hopfenblüte“.
- Wismar. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Arbeiterheim“.
- Zwickau. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr.

ANZEIGEN

Zentral-Kassenkasse der Sattler, Portefeuller u. Fernschreibern Deutschlands, C. H. 64 in Berlin.

Quartalsversammlungen.

- Tagesordnung:
- 1. Geschäftsb. und Kassenbericht;
- 2. Verschiedenes.
- Barmen. Montag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei A. Bühn, Röhrlhofstr. 19.
- Bremen. Montag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Chemnitz. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Goethegarten“, Zwickauer Straße.

Verwaltungsstelle Hamburg-Altona.

Sonnabend, den 18. Oktober 1913 findet unser

24. Stiftungs-Fest

im neuerbauten Saale des Gewerkschaftshauses statt.

Vorträge, Lieder zur Laute, Tombola und Gall.

Serrenkarten 50 Pf., Damenkarten 25 Pf. sind bei sämtlichen Funktionären zu haben. Alle Kollegen mit ihren Familien und Freunden sind willkommen.

Eüchtige Sattelmacher

auf Feilarbeit. Stellung dauernd.
H. Paffler & Sohn, Hoflieferanten,
Dannover, Langelaube 4.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 18. Oktober 1913 zur Feier des

24-jährigen Stiftungsfestes

findet in Kellers Festlokal (Inhaber Paul Ohlig),
Koppenstraße 29, ein

Heiterer, bunter Künstler-Abend

arrangiert von Herrn Carl Heinzlud, statt.

Saaleröffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Billet 50 Pfennig.
Jede Dame erhält ein Präsen gratis.
Nach der Vorstellung: **Grosser Ball.**
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Programme an der Kasse gratis.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Das Komitee.

Gesucht.

Koffermacher für Koffer, Z. Lechner, 19 Rue de Kaufmann, in Gené (Schweiz).

Neue große Lederstücke per Pfd. 90 Pf.,
kleine Lederstücke per Pfd. 30 Pf.,
neue Treibriemen - Lederstreifen per Pfd. 100 Pf.

sowie alle ganze Treibriemen und Treibriemenstücke hat billigst zu verkaufen
Gebr. Neumann, Essen-Ruhr,
Linden-Allee 94. Telefon Nr. 5790.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63

Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.